

# Die Baugewerkschaft

Erscheint jeden Sonntag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 M.  
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.  
Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Organ  
des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.  
Herausgegeben vom Verbandsvorstande.  
Geschäftsstelle: Berlin O, Müdersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.  
Postfach-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung:  
Berlin O, Müdersdorfer Straße 60.  
Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.  
Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 37.

Berlin, den 10. September 1911.

12. Jahrgang.

## Zum achten Verbandstag.

Nach München, der schönen Hauptstadt des Bayernlandes, weist diesmal der Weg der Verbandsdelegierten des christlichen Bauarbeiterverbandes. Zum erstenmal findet unsere Generalversammlung in Bayern, wie überhaupt in Süddeutschland statt. Sicherlich wird das unsere dortigen Kollegen, die sich in schwieriger Position befinden, mit Befriedigung erfüllen. Glauben sie doch manchmal, sie seien zurückgesetzt, wenn die bisherigen Generalversammlungen alle im Norden oder Westen tagten. Gewiß war damit keine Absicht verbunden, lediglich aus den Verhältnissen heraus war nicht anders zu handeln. Es gibt eben keinen Unterschied bei uns zwischen Süd und Nord. In solidarischer Einheit und Treue sind wir miteinander verbunden, hehre Grundsätze haben uns zusammengeführt, in brüderlicher Weise Freud und Leid miteinander zu teilen.

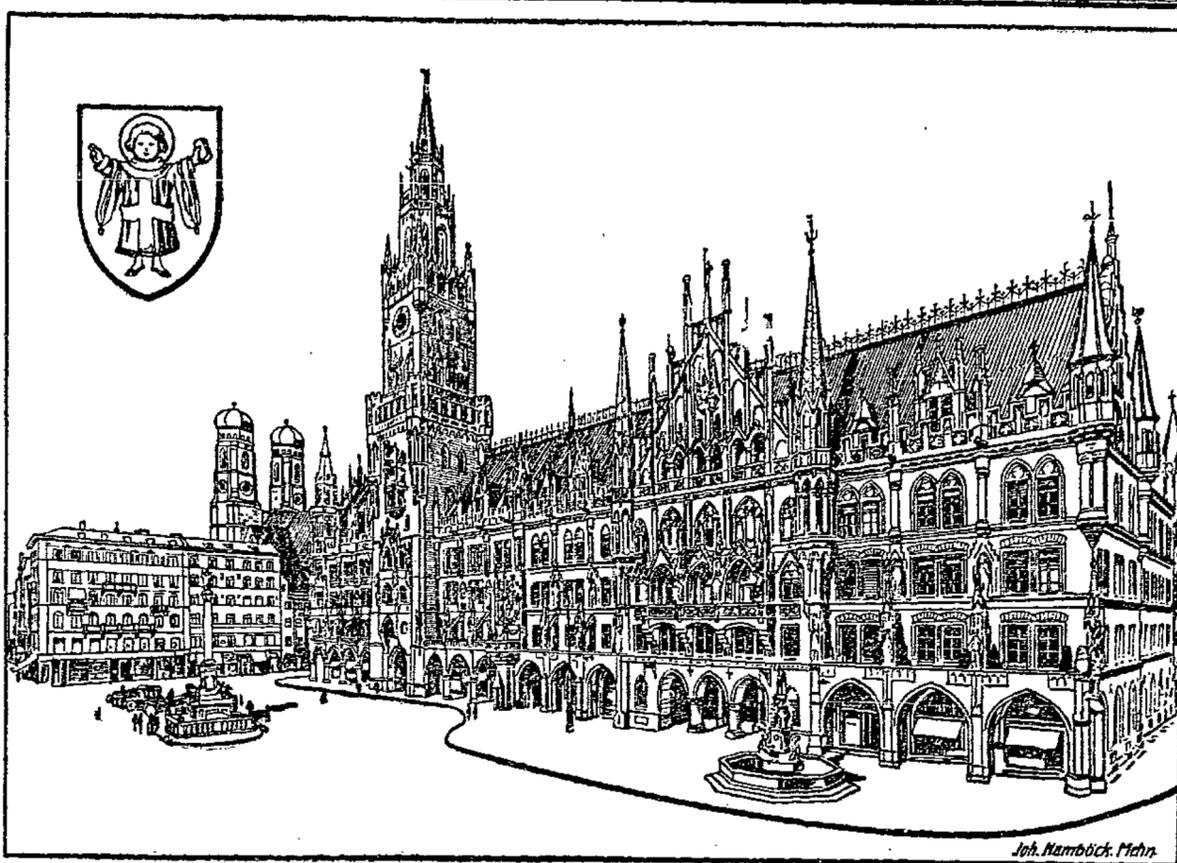
Wie ganz anders waren die Aussichten, als wir vor zwei Jahren in Münster zusammentraten. Wir standen damals vor dem Ablauf der Tarifverträge, deren Erneuerung zu einer Kraftprobe durch den Arbeitgeberbund f. d. B. ausgerufen war. Es war ein sehr ernster Augenblick und von ungeheurer Tragweite für die Lebensbedingungen der deutschen Bauarbeiter. Es galt, lagen wir einmal so, die Säbel zu schleifen zur Abwehr gegen düstere Mächte, die an den Nerv unserer bisherigen Errungenschaften heranreichten und sie zu zerstören drohten. Im Bewußtsein unseres guten Rechts haben wir dazu Stellung genommen, und der Ausgang hat uns bewiesen, daß wir gut beraten waren. „Stark im Recht!“ Die Wahrheit dieses alten Wahlspruches gab uns Zuversicht und Mut.

Die Nebelschleier sind zerrissen, die Tat steht kühn vor uns. In hartem opferreichen Kampfe wurde sie erstritten, ihre Lehren gruben sich uns darum um so tiefer ein. Und sie sollen uns eine Quelle der Erleuchtung sein, aus der wir unsere Rüstung schweißen für kommende Zeiten.

Anderes gehen wir nach München. Mit dem Gefühl der Sicherheit — nicht Sorglosigkeit. Voll unverzagten Mutes und dem festen Willen, weiter zu bauen auf dem bewährten Fundament, das in heftigen Sturmstürmen gelegt wurde.

Nach Jahren des Stillstandes und Rückganges können wir wieder von erfreulichen Fortschritten berichten. Rund 41 000 Mitglieder waren am Schlusse des zweiten Quartals im Zentralverbande christlicher Bauarbeiter Deutschlands vereinigt. Damit sind die Wunden, die uns die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, und auch bedauernswerter kurzfristiger Egoismus zur Zeit des schwersten Kampfes, den die deutsche Bauarbeiterchaft führen mußte, geschlagen hatten, wieder geheilt. Ruhig wollen wir dabei gestehen, daß wir noch ein ungleich besseres Resultat erwartet hätten. Nach der Zahl der Neuaufnahmen müßte das sein. Das ist eine Mahnung an alle Saumseligen und Gleichgültigen, auch ihrerseits mitzuarbeiten und dazu beizutragen, die Neugewonnenen der Organisation auch zu erhalten. Immerhin: Wir stehen im Zeichen des Fortschritts. Die Generalversammlung wird ihren Willen dahin kundtun müssen, daß die Werbearbeit mit neuem Eifer aufgegriffen und nachhaltig durchgeführt wird. Es soll und muß gelingen, eine feste Phalanx aller christlich denkenden Bauarbeiter Deutschlands herbeizuführen, es gilt aber auch alle zu den Opfern heranzuziehen, die an den gewerkschaftlichen Erfolgen teilhaben wollen. Nicht zuletzt um eine straffe, schlagfertige gewerkschaftliche Organisation zu schaffen.

Vornehmlich dem inneren Ausbau des Verbandes wird die Generalversammlung dienen, freilich zugleich auch Fragen behandeln, die im allgemeinen öffentlichen Interesse liegen, auch im Vordergrund der Diskussion stehen. Die Notwendigkeit der geistigen Bildung des Arbeiterstandes ist eine Lebensbedingung für die Organisation. Nur geistiger Unverstand hält ihr Tausende fern; die gewerkschaftliche



Arbeit schürft aber heute auch viel feiner und tiefer und stellt darum an die Einsicht und Vernunft weit größere Anforderungen. Wir sollen über den eigenen eng begrenzten Horizont hinaussehen lernen, sollen Zusammenhänge wirtschaftlicher, nationaler und geistiger Natur studieren und zu beurteilen verstehen, weil davon die jeweilige Grenze unserer Tätigkeit, unseres Aufstiegs bestimmt wird.

Im Kampfe um die Jugend wollen wir gewiß nicht zurückstehen. Auch das ist eine Lebensfrage für uns, nicht allein um uns bloß den gewerkschaftlichen Nachwuchs zu sichern. Dafür geht der Kampf zu tief, er ist ja in erster Linie Weltanschauungskampf. Aber indem wir die Jugend für unsere Organisationen gewinnen, bewahren wir sie vor der ihr drohenden Verführung und können ihr mit Rat und Tat jene Wege zeigen, die ihr zweckdienlich sind: konfessionelle Jugendvereine und christliche Gewerkschaften. Nur das ist der Weg zu jener Vollkommenheit, wie sie unsere Zeit erfordert. Eines ohne das andere ist Halbheit.

Die Tarifverträge sind gewiß noch keine alte Erscheinung in Deutschland. Kein Wunder, wenn sie da noch in heftigem Zwieistrit der Meinungen stehen. Besonders im Baugewerbe, wo die Entwicklung eine so rapide war, daß wir innerhalb eines Jahrzehnts von einzelnen zerstreuten Tarifen beim Reichstarif angelangt sind. Diese Entwicklung vollzog sich zudem unter sehr bemerkenswerten und bedenklichen Begleiterscheinungen für die Arbeiter, die auch zu dem vorjährigen Kampfe führten. Kein Zweifel besteht unter uns darüber, daß Tarifverträge im hohen Interesse der Arbeiter wie Arbeitgeber liegen, daß erst mit ihnen eine großzügige Gewerbereform denkbar ist. Sollen sie aber einseitig in den Dienst einer Partei gestellt werden aus reinen Machtgelüsten, oder sollen sie politischen Zwecken dienstbar gemacht werden, dann können wir nicht schweigen dazu. Ist es etwa nicht richtig, daß augenblicklich um den Reichstarif im Baugewerbe wieder eine heftige Diskussion tobt? Wenn von einer Seite versucht wird, in Zukunft keine zentralen Vereinbarungen mehr einzugehen, vielmehr alles den örtlichen Organisationen zur Entscheidung zu überlassen, so bedeutet das eine Zertrümmerung des mühsam Geschaffenen, von dem wir natürlich nicht sagen wollen, daß es heute ideal sei. In unabsehbare Kämpfe würden wir hineingetrieben, in denen die besseren Gründe nicht auf unserer Seite stünden. Es ist aber auch eine objektive Unwahrheit, zu behaupten, unter dem Reichstarif könnten die berechtigten Ansprüche der Arbeiter nicht mehr zur Geltung kommen. Damit leistet man der Tarifgemeinschaft wahrhaftig keinen Dienst, im Gegenteil, sie wird den Arbeitern mehr und mehr bereift werden. Vielleicht will man auch das — natürlich

bloß aus politischen Gründen. Hier besteht wirklich alle Veranlassung, aufklärend zu wirken. Auch die rechtliche Seite der Tarifverträge ist zur Erörterung gestellt.

Notwendige Reformen haben sich in dem Unterstützungsweisen des Verbandes herausgestellt. Besonders bei der Streikunterstützung. Wer kennt sie nicht, die sich regelmäßig nur bei Ausbruch eines Kampfes der Organisation erinnern? Da wissen sie den Weg zu ihr so gut zu finden, sie, die sich vorher taub und blind stellten. Ja, ja! Zum Holen ist man bereit, aber nicht zum Bringen, das überläßt man anderen. Leider haben wir kein Mittel an der Hand gegen diese Ausbeuter ehrlicher Berufsgenossen. Und da sie in der Regel auch bereit sind, dem Unternehmer Dienste zu leisten, sind wir gezwungen, sie mitzuschleppen. Es kann aber auf die Dauer nicht angehen, sie zu Kampfeszeiten erfahren, daß sie nicht mehr mit den opferbereiten Kollegen auf eine Stufe gestellt werden. Neu geplant ist eine Militärunterstützung, und die Ausdehnung der Krankenunterstützung aufs ganze Jahr.

Eine höhere Belastung der Mitglieder ist trotz der höher werdenden Ausgaben nicht beabsichtigt. Das ganze Gewicht ist darum auf die Durchführung der bestehenden Bestimmungen zu legen. Geschieht das, werden wir den an uns herantretenden Anforderungen gerecht werden können.

Und nun mit ernstem Willen an die Arbeit. Nur ein Jahr noch trennt uns von einer neuen ereignissschweren Zeit. Die volle Verantwortung dafür würde uns treffen, wenn es uns an Einsicht mangelte. Es gilt die Waffen zu schärfen im scharfen Existenzkampfe, den Geist neu zu beleben und zu stählen, den Eifer zu wecken und dauernd wachzuhalten. Für das Wohl und Gedeihen des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, das muß die Parole der Verbandstagsdelegierten sein und die Wünsche der Tausende, die sie begleiten. Und so, so schließen wir: Mit Gott ans Werk.

Zu einem starken Pfeil gehört ein starker Bogen,  
Und ohne starken Arm wird dieser nicht gezogen.

Rückert.

# Willkommen in München!

Zum ersten Male tagt die Generalversammlung des christlichen Bauarbeiterverbandes in Süddeutschland. Daß als Tagungsort gerade München, Bayerns Hauptstadt gewählt wurde, ist von allen süddeutschen Kollegen, insbesondere auch den Münchner freudig begrüßt worden. Bündel einiges aus der Geschichte Münchens: Die Gründung der Stadt München erfolgte 1157 durch Heinrich den Löwen. Von Kaiser Friedrich dem Rotbart war er am 8. September 1156 mit dem Herzogtum Bayern belehnt worden. In dem unweit von München gelegenen Markt „Böhrling“ hatten nun die Bischöfe von Freising 1140 eine Zollstation errichtet, um sich alle Frachten des innern Handels von Bayern, besonders die Salzfrachten, die von Reichshall nach Franken, Schwaben und Burgund gingen, zinsbar zu machen. Heinrich der Löwe wollte sich diese Beschränkung in seinem eigenen Lande nicht gefallen lassen, und als eine gültige Einigung mit dem Hochstift Freising nicht zu erreichen war, zerstörte er Anfang 1157 den Markt „Böhrling“. Als neue Zollstation wählte er dann eine dem Kloster Schäftlarn gehörige Beizung. Da man diese Gegend kurzweg mit dem Namen „bei den Münch“ bezeichnete, übertrug sich diese Bezeichnung auch auf die neugegründete Zollniederlage, aus der im Laufe der Jahrhunderte das heutige München entstanden ist. Die Geschichte einzelner Vororte, die heute schon längst der Stadt angegeschlossen sind, reicht allerdings viel weiter zurück wie die Münchens. So werden Schwabing und Sendling schon 782 und Haidhausen 808 urkundlich genannt. Aus diesen kleinen Anfängen hat sich München heute zur drittgrößten Stadt des Deutschen Reiches entwickelt; bei der Volkszählung am 1. Dezember 1910 hatte München 596 467 Einwohner. München ist eine Stadt frisch pulstenden Lebens. Wohl keine Stadt unseres Vaterlandes wird so oft wie München von Vereinen aller Art als Kongreß- oder Tagungsort gewählt.

Diese bevorzugte Stellung Münchens ist einmal darin begründet, daß es, am Fuße der Alpen gelegen, den Knotenpunkt des Verkehrs für alle die bildet, die im „Gebirge“, oder an den herrlich gelegenen Seen, Erholung suchen. Dann übt aber auch der Zauber als Kunststadt seine Anziehungskraft aus. Münchens Ruf als Kunststadt ist seit Jahrhunderten begründet. In seinen vorzüglichen Bildergalerien bietet es mehr, als irgendeine andere Stadt Deutschlands bieten kann. Bis auf den heutigen Tag ist von den kunststimmigen Herrschern des Hauses Wittelsbach alles getan worden, um die hervorragende Stellung ihrer Residenzstadt als Kunststadt zu erhalten und zu befestigen. Neben den Bildergalerien, deren Kunstschätze alle zu beachtenden den Delegierten kaum möglich sein wird, werden sie aber auch im Straßenbilde Münchens manches Bauwerk finden, das gerade für sie als Fachmänner besondere Interesse hat. Eine kleine Anzahl Münchner Wandermaler bringt ja schon die heutige Nummer der Bauvereinszeitung: Im Vordergrunde das Rathaus mit seinem 85 Meter hohen Turm, dessen Spitze das „Münchner Kindl“ trönt. Jeden Tag um 11 Uhr schallen vom Rathausurm die Klänge des seit einigen Jahren eingebauten Glockenspiels, während gleichzeitig im Erkerbau die Figuren der Ritter das Turnier und die Schöpfer den allen historischen Schaffler tag beginnen; im Hintergrunde grüßen die 99 Meter hohen Türme der Frauenkirche, die von 1468—1488 erbaut wurde.

So reich München an Kunstschätzen, so arm ist es an großen industriellen Unternehmungen, wie sie besonders in Süddeutschland vorzufinden sind. Zwar zählte München bei der letzten Betriebszählung (1907) 42 839 Hauptbetriebe mit 178 249 beschäftigten Personen, davon sind aber mehr als 48 Prozent Kleinbetriebe. Großbetriebe, die über 1000 Personen beschäftigen, gibt es in München nur drei, und zwar einen in der Maschinenindustrie und zwei im Baugewerbe.

Von je 100 Beschäftigten sind in München 24,8 Unternehmer, 11,2 Verwaltungs- und technisches Aufsichtspersonal und 64 Arbeiter und mittelstehende Familienangehörige. In Nürnberg beträgt der Prozentsatz der Arbeiter von 100 Beschäftigten 78. In Nürnberg ist eben der Großbetrieb vorherrschend, während in München das Klein- und Kunsthandwerk eine hervorragende Stelle im Wirtschaftslieben einnimmt. Nach der Zahl der beschäftigten Personen steht in München das Handelsgewerbe mit 39 778 an der Spitze, ihm folgt das Bekleidungs-gewerbe mit 19 739 beschäftigten Personen. An dritter Stelle steht das Baugewerbe mit 19 440, danach Gast- und Speisewirtschaften mit 14 312 und die Industrie der Maschinen- und Genußmittel mit 13 993 beschäftigten Personen. In den letzten Ziffern sind auch die im Baugewerbe beschäftigten Personen einbezogen. Das weltberühmte Münchner Bier hat trotz Biersteuer und Abstinenzbewegung seine Stellung behauptet. Im Jahre 1910 wurden von dem beliebten „Stoff“ rund 3 487 728 Hektoliter hergestellt und davon 1 687 115 Hektoliter nach außerhalb verkauft. Der Verbrauch in München berechnete sich (nach dem Berechnungsmodus des neuen Nationalitätsgesetzes) pro Kopf der Bevölkerung auf 310 Liter. Zur Charakterisierung der Münchner Bevölkerung, die ohnehin durch den Bestand der jugendlichen „Süßharten“ ungenügenderweise als ein Konglomerat von „Kaffee- und Bier“ angesehen wird, sei bemerkt, daß in den 310 Litern auch die diversen Bier enthalten sind, die von den Münchener besuchenden Säulen alljährlich vertilgt werden. Daß es die „Fremden“ in dieser Beziehung oft zu ganz respektablen Leistungen bringen, werden die Delegierten selbst konstatieren können, wenn sie nach den Stunden anstrengender Beratungen einen Gang in das Hofbräuhaus machen.

Für die christliche Arbeiterbewegung ist München historischer Boden. Bereits im Jahre 1849 wurde der „Evangelische Handwerkerverein“ gegründet, der sich aber gegenüber dem Gewerkschaftsproblem neutral verhielt. Erst im Jahre 1892 erfolgte dann auch auf kathol. Seite die Gründung des christlichen Bauarbeiterverbandes. Die gewerkschaftlichen Aufgaben machten die Arbeiterbewegung in München zu einer der wichtigsten in Bayern. Die gewerkschaftlichen Aufgaben machten die Arbeiterbewegung in München zu einer der wichtigsten in Bayern. Die gewerkschaftlichen Aufgaben machten die Arbeiterbewegung in München zu einer der wichtigsten in Bayern.

nte nichts letzten. Wenig grundsätzliche Klarheit — ob Selbsthilfe oder Staatshilfe der richtige Weg zur Hebung des Arbeiterstandes sei — dann mangelnder Opfermut unter den Arbeitern selbst ließen ein reges Leben in den „Fachabteilungen“ nicht auskommen. Zwar forderten die Münchner Präsidien der kath. Arbeitervereine in einem 1892 veröffentlichten „Entwurf eines Programms für die katholischen Arbeitervereine Deutschlands“ bezüglich der Selbsthilfe:

„Organisation der Arbeiterschaft durch Gründung von Gewerkschaften der verschiedenen Berufe oder Industriezweigen auf Grund dieses Programms, zur Förderung der Standesinteressen; insbesondere zur gegenseitigen Unterstützung, zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit oder Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit, zur sachlichen Ausbildung der Mitglieder, zur Erzielung besserer Arbeits- und Lohnverhältnisse, Gewährung von Rechtschutz. — Zentralisierung dieser Gewerkschaften durch Errichtung einer Zentralkasse zur Vertretung der gemeinsamen Interessen.“

Die Gewerkschaften waren hier also schon als mehr selbständige Gruppen mit einer zentralen Spitze gedacht. Der Durchführung dieses Gedankens stellten sich allerdings damals noch unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Mit der Zeit konnte sich aber die gewerkschaftsfreundliche Richtung in den katholischen Arbeitervereinen doch durchsetzen. Vor allem war es der im letzten Jahre verstorbene Monsignore Huber, der unermüdet für Schaffung selbständiger, von den Arbeitervereinen unabhängiger Gewerkschaften eintrat. Am 16. November 1895 wurde dann endlich der „Verein Arbeitervereine, München“ gegründet. Aus diesem Verein haben sich dann nach und nach die christlichen Berufsverbände gebildet. Bei der ersten Generalversammlung am 8. November 1895 zählte der Verein 167 Mitglieder; einer Einnahme von 193 M stand 110 M Ausgaben gegenüber. Der im § 1 der Statuten vorgesehene Zweck des Vereins: „... die materiellen Interessen seiner Mitglieder zu fördern und zu schützen“ mußte sich angelehnt an die Mitgliederzahl und der geringen Mitgliederbeiträge zunächst auf friedliche schriftliche Verhandlungen mit den Arbeitgebern sowie auf Eingaben an Behörden usw. beschränken. In dieser Weise betätigte sich auch die am 12. September 1897 gegründete „Sektion der Bauhandwerker“. Im Dezember 1897 machte sie an den Magistrat Münchens eine Eingabe, worin neben den technischen Aufsichtsbearbeitern auch Baukontrolleure aus dem Arbeiterstande verlangt wurden. Nach der Ablehnung des Gesuches durch den Magistrat wandte sich die Sektion in derselben Angelegenheit an den bayerischen Landtag. Nach dem Münchner Muster haben sich in vielen Orten Süddeutschlands Arbeitervereine gegründet. Auch bei der in Berlin 1893 durch den Tischler Weigel erfolgten Gründung des „Vereins Arbeiterchutz“ nahm man sich München zum Vorbild.

Nachdem der erste christliche Gewerkschaftskongreß in Mainz (Jüngling 1899) ein einheitliches Programm aufgestellt hatte, gingen die Münchner Kollegen dazu über, eine bessere Verbindung unter den bayerischen Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften herzustellen. Einer Einladung des Münchner Vereins Arbeiterchutz folgend, tagte am 18. März 1900 in München der erste bayerische Gewerkschaftskongreß, der von 22 Delegierten besucht war. (Davon 13 aus München.) Der Kongreß beschloß die Gründung eines bayerischen Gewerkschaftsartikels und die Anstellung eines Sekretärs. Als Sekretär wurde der Kollege Braun gewählt, der diesen Posten auch im Nebenamt beibehielt, als er zum freigestellten Zentralvorsitzenden des in der Zwischenzeit gegründeten Verbandes der nichtgewerkschaftlichen Arbeiter gewählt wurde. Wie aus den Sitzungsprotokollen hervorgeht, hat das Kartell für die Ausbreitung des christlichen Gewerkschaftsgedankens sehr rührig und erfolgreich gearbeitet. Wenn in manchen Fragen Meinungsverschiedenheiten bestanden und auch teilweise der Partikularrismus über den gesunden Gewerkschaftsgedanken siegte, so ist das aus den damaligen Verhältnissen heraus ganz gut zu verstehen.

Mit der fortschreitenden Zentralisation der Gewerkschaften und der Gründung neuer Zentralverbände wurde das Tätigkeitsgebiet des Landesartikels immer mehr beschnitten, so daß man an dessen Auflösung denken mußte. Diese erfolgte dann auch am 1. März 1904; doch wurde an Stelle des Landesartikels am 7. Juli 1904 ein Ortskartell für München gegründet. Im Oktober gleichen Jahres wurde vom Gesamtverband das bayerische Sekretariat mit dem Sitz in München errichtet. Der Sekretär vertrat einen großen Teil seiner Kraft für die Münchner Bewegung, wodurch für die christlichen Gewerkschaften in München eine feste Position geschaffen wurde. Seit dem 1. Januar 1910 werden die Arbeiten des Kartells von einem vom Kartell freigestellten Kollegen erledigt. Der Jahresbericht des Kartells weist für Ende 1910 20 angegeschlossene Ortsgruppen mit 6201 Mitgliedern auf. Die Jahresrechnung der Ortsgruppen betrug 106 615 M, die Ausgaben 61 391 M. Neu wurden 14 Tarifverträge abgeschlossen, die den Mitgliedern in München in einem Jahre an Mehrverdienst über 123 000 M, an Arbeitszeitverlängerung über 50 000 Stunden bringen.

Mit als erste waren die Münchner Arbeiter auf dem Plane, als es galt, dem christlichen Gewerkschaftsgedanken greifbare Formen zu geben. Um wie viel stärker könnte die christliche Gewerkschaftsbewegung heute in München bestehen, wenn anstatt der vorgebrachten „Bedenken“ die ersten Kämpfer für unsere Bewegung überall das richtige Verständnis gefunden hätten...! Den Delegierten der 8. Generalversammlung rufen aber die jetzt rund 7000 christlichen Gewerkschaftler Münchens ein herzliches „Grüß Gott“ zu, wie es sich nach alter Bayernart gebührt. Wägen in erster Beratung neue Wege zu neuen Erfolgen gefunden werden, damit der christliche Bauarbeiterverband auch in Zukunft ein sicherer Hort gegen Unterdrückungsversuche jeder Art ist. In diesem Sinne nochmals ein

herzliches Willkommen in München!

L. F.

# Rundschau.

**Zur niederrheinischen Tabakarbeiter-Aussperrung.** Die christlich organisierten Tabakarbeiter des Niederrheins sind nach wie vor ausgesperrt. Eine Wendung ist noch nicht eingetreten. Wie wir bereits in der letzten Nummer berichtet haben, hatte der Fabrikanten-Verband dazu geraten, es sollen bei verschleuderten anderen Firmen die Fabrikantenschüsse vorstellig werden, nachdem bei der bestreikten Firma Kasten die Verhandlungen gescheitert waren. Als dem entsprochen wurde, wiesen die Kaldenkirchener Fabrikanten die Ausschüsse auf Betreiben der Firma Kasten zurück. Als dieses zwiespältige Verhalten entsprechend geahndet wurde, teilte der Fabrikanten-Verband dem christlichen Tabakarbeiter-Verbande mit, diese Haltung sei auf einen Irrtum zurückzuführen gewesen. Es sei bereits angeordnet, daß die Kaldenkirchener Fabrikanten die Ausschüsse erneut rufen lassen müßten. Das war Mittwoch, den 30. August, aber bis Samstag, den 2. September, war in der Sache nichts geschehen. Es bleibt also abzuwarten, ob in Kaldenkirch dem Verlangen des Fabrikanten-Verbandes noch entsprochen wird. Erfreulich ist, daß sich die christliche Arbeiterchaft einmütig solidarisch mit dem um ihr Recht kämpfenden Tabakarbeiter erklärt. Gerade im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe kann diese Solidarität durch entsprechende Beeinflussung des Konsums nachhaltige Erfolge zeitigen, wenn unsere Kollegen überall auf dem Posten sind. Möge in allen Versammlungen besonders für weitgehende Aufklärung gesorgt und besonders darauf hingewiesen werden, daß im Interesse der Solidarität auch einmal davon Abstand genommen werden muß, eine bestimmte Sorte Zigarren oder eine bestimmte Marke Rauchtabak in den Geschäften zu verlangen. Die Konsumvereine werden besonders bestrebt sein, auch andere Marken anzubieten, die von Firmen herrühren, die nicht in solcher Weise gegen die christlichen Arbeiter vorgehen. Die Firma Oberkott in Rees arbeitet immer noch darauf hin, die christlichen Arbeiter durch Arbeitswillige zu ersetzen, um nachher die alten Arbeiter nach ihrer bestimmten Erklärung nicht mehr einstellen zu müssen. — Die Meldung in der Tagespresse, daß in Kaldenkirch eine große Anzahl der streikenden und ausgesperrten christlichen Arbeiter zum sozialdemokratischen Verband übergetreten sei, ist total erfunden. Es ist kein einziger christlich organisierter fahnenflüchtig geworden.

**Von der Bautätigkeit in Essen.** Das Essener Statistische Amt teilt über die dortige Bautätigkeit mit: Nachdem bereits das vorige Jahr eine außerordentlich lebhaftere Bautätigkeit gebracht hatte, wurde vielfach die Meinung geäußert, daß die vorläufigen Ziffern die Wirkung haben würden, das Tempo der Bautätigkeit etwas zu verlangsamen. Das ist aber bis jetzt nicht der Fall gewesen, vielmehr ist die Bautätigkeit im ersten Halbjahre 1911 noch wesentlich stärker gewesen, als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im ersten Halbjahre 1910 wurden 229 Wohnhäuser erstellt, im ersten Halbjahre 1911 dagegen 722. Wenn man nun auch berücksichtigt, daß der Kampf im Baugewerbe im Jahre 1910 vom 1. 4. bis 15. 6. dauerte, und daher die normale Bautätigkeit zweier Monate der Hauptbauphase den Zahlen für 1910 hinzugerechnet werden müssen, so würde man höchstens auf eine Bergwertung von etwa 500 Neubauten im ersten Halbjahre 1910 kommen. Setzt sich die Bautätigkeit, wie das nach den vorliegenden Baugesuchen der Fall zu sein scheint, auch im dritten und vierten Quartal dieses Jahres in annähernd demselben Verhältnis gegenüber 1910 fort, so dürfte das Jahr 1911 wohl wahrscheinlich erheblich mehr als 1100 Neubauten gegenüber 924 im Jahre 1910 bringen, ohne daß aber, wie besonders bemerkt zu werden verdient, die Bevölkerungszunahme im laufenden Jahre bisher eine größere als im Vorjahre gewesen ist. Hervorgehoben werden muß auch — namentlich angesichts des Umstandes, daß schon bei der Fällung der leerstehenden Wohnungen am 13. 10. 1910 die Kleinwohnungen den höchsten Prozentsatz aufwiesen (zweiräumige 2,14 Proz., dreiräumige 2,19 Proz., viereräumige 2,71 Proz., fünferäumige 2,19 Proz.) —, daß ebenso wie im Jahre 1910 auch im vorliegenden Halbjahre der weitauß größte Teil der Bautätigkeit der Entstehung von Kleinwohnungen im engeren (1-3räumige) und weiteren (4-5räumige) zugute gekommen ist. Durch die Bautätigkeit im ersten Halbjahre 1911 entstanden 2593 Wohnungen (gegen 913 im ersten Halbjahre 1910), von denen 1400 gleich 54 Prozent 1-3räumige Wohnungen waren und 2083 gleich 80,31 Prozent 1-5räumige Wohnungen. Wie im Vorjahre sind es auch im laufenden Halbjahre die Stadteile Frohnhausen und Goltzhausen je einen die größte Bautätigkeit aufzuweisen hatten. Von dem Gesamtwohnungszuwachs von 2593 Wohnungen entfielen auf Frohnhausen und Goltzhausen 799. Von diesen hatten 498 1-3 Räume, 219 4 Räume und 51 5 Räume, so daß auf die 1-5räumigen Wohnungen 768 gleich 96 Prozent kamen. Hierzu sei noch bemerkt, daß bei der Fällung der leerstehenden Wohnungen am 13. 10. 1910 die Stadteile Frohnhausen und Goltzhausen bereits 3,42 Prozent leerstehender Wohnungen hatten, das heißt 1,02 Prozent über den Gesamtburdenschnitt von Essen.

**Die Metallindustriellen gegen Tarifverträge.** In Sachsen bestehen zurzeit scharfe Differenzen in der Metallindustrie, die schon zur vorläufigen Aussperrung von angeblich 60 Prozent der Arbeiter geführt haben. Der Gesamtverband deutscher Metallindustriellen nahm dazu in einer am 30. August zu Berlin stattgefundenen Sitzung Stellung und erklärte:

Nach Kenntnisnahme des eingehenden Berichtes über den Stand der Differenzen im Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig und über die am 26. August zur Unterstützung des Leipziger Bezirksverbandes vorgenommenen Sympathieausperrungen durch das Kartell der sächsischen Bezirksverbände des Gesamtverbandes deutscher Metallindustriellen beschließt der Ausschuß des Gesamtverbandes zunächst, den Verlauf der zurzeit noch schwebenden Verhandlungen abzuwarten und nach deren Abschluß Stellung zu den einzelnen Forderungen zu nehmen, erklärt jedoch, daß vor allem der Abschluß von Tarifverträgen und die Einführung von Mindestlöhnen unter keinen Umständen zugelassen werden dürfen. Sollten die Arbeitnehmer an diesen oder anderen, die Leistungsfähigkeit der Metallindustrie untergebenden Forderungen festhalten, würde der Gesamtverband geschlossen hinter den betroffenen Bezirksverbänden stehen. Ebenso beschließt der Ausschuß des Gesamtverbandes, dem Thüringer Bezirksverband volle Unterstützung gegen unberechtigte Forderungen der Arbeitnehmer zuteil werden zu lassen.

Das also ist der Kern des Kampfes. Ob man im Scharfmacherlager wirklich glaubt, auf die Dauer an Tarifverträgen und Mindestlöhnen vorbeizukommen?

**Mehr Interesse für die christliche Arbeiterinnenorganisation!** Der diesjährige Jahresbericht der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften über die Entwicklung dieser Organisationen im Jahre 1910 im „Korrespondenzblatt“ (Nr. 32) läßt erkennen, daß gerade die Organisation der Arbeiterinnen in den sozialdemokratischen Gewerkschaften starke Fortschritte gemacht hat. Betrug ihre Zahl im Jahresdurchschnitt 1909 133 888, so stieg sie 1910 auf 161 512 oder um 8 Prozent und dürfte heute noch höher sein. Die 161 512 weiblichen Mitglieder gehören folgenden Verbänden an: Textilarbeiter 39 524, Metallarbeiter 19 610, Fabrikarbeiter 19 213, Tabakarbeiter 15 400, Buchbinder 12 308, Buchdruckerhilfsarbeiter 8965, Schneider 8060, Handlungsgehilfen 6882, Schuhmacher 6143, Transportarbeiter 5321, Holzarbeiter 4354, Futtmacher 3584, Wäcker und Konditoren 2644, Kürschner 1413, Porzellanarbeiter 1313, Brauerei- und Mühlenarbeiter 913, Zigaren-fabrikanten 862, Gemeindefreier 861, Sattler und Portefeuerer 857, Lederarbeiter 854, Gastwirtsgehilfen 601, Glasarbeiter 573, Blumenarbeiter 333, Bureauangestellte 189, Lagerhalter 119, Tapezierer 116, Hafenarbeiter 60, Fleischer 48, Maler 39, Gärtner 37, Steinarbeiter 9, Schmiede 4, Glaser 2 und Friseur 1. Dagegen hatten wir in den christlichen Gewerkschaften 1910 21 883 Arbeiterinnen organisiert gegenüber 20 182 im Jahre 1909. Mehr Interesse deshalb für die christliche Arbeiterinnenorganisation, speziell für unsere katholischen Arbeiterinnenvereine. Schaffen wir in einer starken Arbeiterinnenvereinsbewegung den starken Unterbau, dann geht auch die Organisation der Arbeiterinnen in den christlichen Gewerkschaften vorwärts!

**Katholische Gesellenvereine und christliche Gewerkschaften.** Zum ersten Male enthält die Verbandsstatistik der katholischen Gesellenvereine auch höchst interessante Feststellungen über das Verhältnis dieser Organisation zu den christlichen Gewerkschaften. Von den 79 342 aktiven Mitgliedern der katholischen Gesellenvereine sind in den christlichen Gewerkschaften 17 552 organisiert, also beinahe 22,7 Prozent des Gesamtmitgliederstandes in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Diese relativ kleine Zahl erklärt sich hauptsächlich daraus, daß in zahlreichen kleineren Orten zwar Gesellenvereine, aber keine Gewerkschaften bestehen, somit die Möglichkeit zur gewerkschaftlichen Organisation nicht gegeben ist. In größeren Städten geht zwar der Prozentsatz der in christlichen Gewerkschaften organisierten Gesellenvereinsmitglieder bis zu 90 Prozent hinaus, doch müssen die katholischen Gesellenvereine noch mehr als bisher ihre Mitglieder auf die Organisation in den Gewerkschaften hinweisen, wenn sie den Aufgaben der Gegenwart gerecht werden wollen.

**Ein Ausfluß der Straßenbahnen in Saarbrücken, die fast vollständig im christlichen Verband der Straßen- und Kleinbahner, Ely Mühlenturm, organisiert sind, endete nach eintägiger Dauer mit einem schönen Erfolg. Die Arbeitszeit wird von 12 1/2 auf 10 1/2 Stunden herabgesetzt. Die Gehaltszulagen betragen 5 bis 17,50 M pro Monat. Für Handwerker und Depotarbeiter wurde eine Lohnzuschußung von 2 bis 5 Pf. pro Stunde erreicht. Für Ueberstunden werden dem Fahrpersonal statt 40 Pf. 50 Pf. bezahlt. Die Handwerker und Hilfsarbeiter erhalten für Ueberstunden und Sonntagsarbeit einen Zuschlag von 25 bzw. 50 Prozent. Seltener wurde ein Zuschlag dafür nicht gewährt. Das Straßensystem, seither willkürlich gehandhabt, der Schaffnerdienst sowie die Schadenhaftung bei Zusammenstoßen wurden einer Neuregelung unterzogen. Ferner wird ein Arbeiterausschuß neu eingeführt. Dem Vertreter der Organisation wurde das Recht zuerkannt, an allen Beratungen zwischen Arbeiterausschuß und Direktion mit beratender Stimme teilzunehmen. Weil die Straßenbahnen von dem sozialdemokratischen Transportarbeiterverband nichts wissen wollten, ist die sozialdemokratische Presse ärgerlich und möchte den Erfolg ins Gegenteil umfließen. So schrieb die sozialdemokratische „Kämpfer Post“ am Schluß eines gütigen Artikels: „Die Straßenbahner mußten unter den alten Bedingungen, unter nichtsfagenden, dabei noch erlogenen Versprechungen ins alte Loch zurückdrücken oder die Kaution opfern. Ein „Christenfest!“ Höher geht die sozialdemokratische Verlogenheit nicht mehr.“**

**Gewerkschaftsgelder für sozialdemokratische Parteizwecke.** Bekanntlich steht der Reichstagswahlkreis Düsseldorf vor einer Erjähwahl. Interessant ist es nun, wie die sogenannten „freien“ Gewerkschaften bei dieser Gelegenheit wieder ihre angebliche Neutralität bekunden. Nicht nur, daß man in den Gewerkschaftsversammlungen offene Propaganda für den sozialdemokratischen Kandidaten macht, auch die Gewerkschaftsgelder beginnen wieder reichlich für den sozialdemokratischen Parteifonds zu fließen. So meldete die sozialdemokratische „Düsseldorfer Volkszeitung“ in ihrer Nr. 173:

„Zum Reichstagswahlfonds hat die Organisation der Düsseldorfer Bauarbeiter in ihrer letzten Generalversammlung den Betrag von 500 M bewilligt und für eine eventuelle Stichwahl weitere 500 M in Aussicht gestellt. Das Geld ist bereits abgefordert. Hoffentlich findet die Bekundung der Solidarität auch in anderen Gewerkschaften Nachahmung.“ Das „gute Beispiel“ hat schon rasch Nachahmung gefunden. In der Nr. 197 der gleichen Zeitung vom 23. August wird als für den sozialdemokratischen Wahlfonds eingegangen quittiert: „Verband der Maler und Anstreicher (Fakultät Düsseldorf) 200 M. Bauarbeiterverband Hilden 20 M.“ Und trotz alledem bezeichnen sich diese Gewerkschaften nach wie vor mit erstaunlicher Dreistigkeit als „neutrale Organisationen“, und, was das verwunderlichste ist, es gibt immer noch nicht-sozialdemokratische Arbeiter, die auf diesen Schwindel hereinfallen.

**Die Delegiertenwahlen zur 8. Generalversammlung haben folgendes Resultat gezeitigt:**

Es wurden gewählt

Nr. Delegierter	als Delegierte	als Ersatzmänner
1	Litz, Otto, Königsberg i. P.	Kunt, Wernh., Allenstein
2	Karzewski, Fr., Allenstein	Widzjus, M., Königsberg i. Pr.
3	Barci, Herm., Königsberg i. Pr.	
4	Beuster, Emil, Danzig	Schach, Aug., Posen
5	Krang, Jof., Posen	
6	Kunzelt, Jof., Posen	Hilberbrand, Emil, Berlin
7	Schulz, Gustav, Posen	Nowicki, Franz, Posen
8	Kreber, Aug., Schneidemühl	Wawonja, Rattowig
9	Jod Franz, Rattowig	Balgarek Rattowig
	Kaminski, Jof., Rattowig	Kentwig, Rattowig
	Oparkit, Rattowig	Hannig, Karl, Reize
10	Brieg, Paul, Ranelau	Krupka, Jac., Kreuzburg D.-Schl.
11	Stigalla, Paul, Kreuzburg	Wolf, Herm., St. Wartenberg
12	Maršalec, Kempen i. P.	Krause, Aug., Breslau
13	Scheffel, Paul, Stritz	Höber, Ant., Fuda
14	Stahl, Peter, Fuda	Wetzel, Caspar, Frankfurt a. M.
15	Gerst, Wilhelm, Frankfurt a. M.	

Nr. Delegierter	als Delegierte	als Ersatzmänner
16	Arh, Jacob, Koblenz	Prinks, Ant., Koblenz
17	Behringer, Georg, Würzburg	Kulmann, A., Herzogenaurach
18	Lang, Jof., Nürnberg	Sommer, Franz, Nürnberg
19	Sumnerer, Wrt., München	
20	Bangert, Ant., München	Augustin, Jof., Jugoßstadt
21	Reiz, Mich., Dillingen	
22	Heurich, Fr., Mühlhausen i. Eß.	
23	Windensturm, J., Straßburg i. E.	Vörsch, Jof., Frier
24	Wegel, Fr., Karlsruhe	Ratus, Adolf, Hirschau
25	Raque, Lud., Saarbrücken	
26	Fuchs II, Fritz, Udenach	Vettendorf, Jof., Fier
27	Himmerich, Ant., Lachen	Fies, Ant., M.-Glabbad
28	Deupe, Wernh., Bamern	Seelbach, Jof., Elberfeld
29	Goldbach, Jof., Köln	Adrian, Cornel, Köln
30	Hilfenbrand, Karl, Siegen	Diergenhal, Jof., Remscheid
31	Gabb, Jof., Düsseldorf	Geis, Jof., Solingen
32	Kranke, Mich., Bochum	Henrich, H., Bochum
33	Claus, Karl, Bochum	Waier, Georg, Bochum
34	Reht, Heinr., Dortmund	Henrich, J., Dortmund
35	Thöne, F., Dortmund	Wegener, J., Dortmund
36	Kirchner, W., Essen	Müller, Wlfh., Essen
37	Edermann, H., Essen	Scheld, Essen
38	Schilling, R., Duisburg	Müller, Jof., Duisburg
39	Gagemeyer, Alb., Gelsenkirchen	Henn, Georg, Gelsenkirchen
40	Kreß, Aug., Gladbeck	Kamp, Jof., Neblinghausen
41	Schmalstieg, E., Hagen i. W.	Jakobs, Hagen
42	Festl, Ad., Oberhausen	Höber, Nicol., Oberhausen
43	Vach, Jof., Reddinghausen	Degenhardt, Reddinghausen
44	Bücher, Jof., Hamm	Kesting, Münster i. W.
45	Landjeitel, Jul., Lingen	Jhor, H., Coesfeld
46	Buchmann, W., Bielebüren	Schmor, Th., Rheine
47	Behlau, Jof., Münster i. W.	Hanning, Math., Osnabrück
48	Klebolle, Fr., Pippstadt	Haag, Jof., Wrisen
49	Eilebrod, W., Paderborn	Meier, Ant., Paderborn
50	Hagenhoff, H., Bedum	Weisheit, Karl, Bielefeld
51	Döring, Franz, Hannover	Hagemann, H., Hannover
52	Schulmeier, Jof., Dingelstädt	Gud, Franz, Duderstadt
53	Geriach, Th., Braunshweig	Küding, Fr., Göttingen
54	Schormann, H., Lychbanfen	
55	Sauerborn, L., Bremen	Friedrich, R., Hamburg
56	Ergelle, Fr., Hildesheim	Wank, Lor., Hildesheim
57	Bergmann, A., Berlin	Garth, Rob., Berlin
58	Schneider, R., Hannover	Schwendtke, Berlin
59	Vidus, Pat., Köln	Lagg, Lachen
60	Volte, Wlfh., Duisburg	Walter, Alb., Krefeld
61	Nolte, Aug., Dortmund	Müller, Fritz, Bochum
62	Nolte, Jof., Essen	Schubmacher, A., Essen
63	Meilefens, W., Lachen	Grebenstein, Karl, Köln
64	Schneider, H., Duisburg	Wollmann, Gust., Düsseldorf
65	Gude, Jof., Essen	Begoll, Paul, Berlin
66	Wode, Mich., Gelsenkirchen	Geinmann, Karl, Berlin
67	Weinholz, Ferd., Gelsenkirchen	Wohn, Alb., Köln
	Schäfer, Otto, Bochum	Helm, Karl, Köln
	Schürbesmann, H., Münster i. W.	Prinker, Wernh., Rheine
	Köppe, Alb., Detmold	Geise, Georg, Hildesheim

**Wirtschaftliche Bewegung.**

Gesperit sind: **Vorkmar** (Streit der Maurer), Düsseldorf, die Firma **Jensen** für Zimmerer, Berlin (Dachdecker) die Firma **Ullhaus**, Aderst., Essen (Fliesenleger) Sperre über die Essener Baumaterialien, **Vertriebsgesellschaft Range u. Comp.**, Köln, für Plattenleger die **Zwischenmeister Gesellen, Osnabrück** (Streit der Zimmerer), **Lüdinghausen** (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter), **Fischbach**, Krefeld (Sperre über den dortigen Kircheneindau), **Gelsenkirchen** (Fliesenleger, Sperre über die Firma **Stolze** wegen Nichteinhalten des Tarifs), **Duisburg**, Fliesenleger (Sperre über den Zwischenmeister **Krüken**). Zugang ist ferngehalten.

**In das Zentralschiedsgericht** ist an Stelle des nach Japan beurlaubten Herrn Geh. Rat Dr. **Wiedfeldt** nach Verständigung der Vertragsparteien Herr **Gerwerbegerichtsdirektor Dr. Brenner** - München eingetreten. Die nächste Zentralschiedsgerichtssitzung wird wahrscheinlich im September stattfinden.

**Rheinisch-westfälisches Industriegebiet.** Castrop, 9. August.

**Protokoll** der Einigungsamtssitzung des Baugewerbes am 9. August 1911. Beginn 11 Uhr vormittags, Ende 3 Uhr nachmittags.

Anwesend unter dem Vorsitz des Beigeordneten **Kath. Effen** die Herren Arbeitgeber: **H. Walter-Nöblinghausen, Benning-Bövinghausen, Feinmann-Bövinghausen, L. Gentel-Sabinghorst, Rindorf-Effen;** als **Auskunftspersonen der Arbeitgeber:** **Dreier-Sabinghorst, Sellener-Castrop, C. Voigt-Sabinghorst, Vogagen-Sabinghorst, Th. Hermann-Castrop, W. Schöppner-Bövinghausen, W. Kleine-Castrop, Heinrich Kleege-Bövinghausen, Heinrich Steinhage-Merlände;** **Arbeitnehmer:** **F. Kahl-Dortmund, W. Janßen-Düsseldorf, H. Otto-Dortmund, Friedrich Werner-Paderborn, Wilhelm Koch-Bochum, Th. Häuschen-Bochum;** als **Auskunftspersonen der Arbeitnehmer:** **Rud. Nikolaus-Dortmund, Anton Fischer-Bochum, Wilhelm Euler-Dortmund, Heinrich Petri-Dortmund, H. Wendler-Herne;** als **Protokollführer:** **Oberstadtssekretär Witz-Effen.**

In der heutigen Sitzung wurde folgendes verhandelt: 1. Einspruch des Arbeitgeberverbandes gegen die Abfassung des Protokolls der Schlichtungskommission Castrop vom 26. Juni 1911 betr. Kündigung von 25 Arbeitern bei der Firma Schöppner u. Co. Vorsitzender erklärt, daß das Einigungsamt gegen den Einspruch des Vorsitzenden der Schlichtungskommission Castrop wegen nicht richtiger Abfassung des Protokolls vom 26. Juni 1911 nicht entscheiden könne, da die richtige Abfassung des Protokolls lediglich Sache der beiden Obmänner und des Schriftführers sei. (§ 4 der Geschäftsordnung.) Alsdann wurde in die Verhandlung betr. Kündigung von 25 Arbeitern bei der Firma Schöppner u. Co. in Bövinghausen eingetreten. Die Firma behauptet, daß die Kündigung unter Verletzung des Tarifvertrages erfolgt sei, sofern sie damit begründet sei, daß drei bei der Firma beschäftigte Italiener nicht organisiert seien und es auch abgelehnt hätten, einer Organisation beizutreten. Die Arbeitnehmer stellen zwar nicht in Abrede, daß dieses einer der Gründe gewesen sei, die zu der Kündigung geführt hätten, daß aber trotzdem von Vertragsbruch nicht die Rede sein könne, denn die Unzufriedenheit unter den Arbeitern sei hauptsächlich dadurch hervorgerufen, daß die Firma ihrem Polier größere Arbeiten in Auftrag übertragen habe, die dieser mit mehreren Arbeitern gemeinsam ausgeführt habe, ohne ihnen von Verdienstüberschuß abzugeben. Kurz vor der Kündigung sei dieses durch Einsichtnahme in einen Auftragsvertrag festgestellt, den der Polier verheimlicht auf seinem Kull liegen gelassen habe.

Die weiteren Erörterungen und die Vernehmung der Auskunftspersonen ergaben eine völlige Klarheit über die Motive zur Kündigung nicht. Jetzt steht, daß die Zusammenarbeit mit den Italienern den kündigungenden Arbeitern nicht genehm war, und daß diese Tatsache mehrfach als Grund für die Kündigung angegeben ist. Andererseits ergibt sich aber auch aus dem Vorbringen der Arbeitnehmer die große Wahrscheinlichkeit, daß die Auftragsverträge zwischen der Firma und dem Polier bestimmt für die Aufgabe des Arbeitsverhältnisses waren.

Daher kam das Einigungsamt auf Vorschlag des Vorsitzenden zu folgendem einstimmigen Beschluß:

Das Einigungsamt stellt fest, daß die Einreichung einer Kündigung seitens der Arbeitnehmer mit der Begründung, daß Arbeitskollegen nicht organisiert oder anders organisiert sind, als eine Vertragsverletzung anzusehen ist. Da jedoch die geführten Verhandlungen keinen schlüssigen Beweis dafür ergeben haben, daß die 25 Arbeiter der Firma Schöppner u. Co. ausschließlich mit vorbezeichneter Begründung gekündigt haben, so zieht Herr Benning namens der Firma die Klage zurück.

2. Antrag des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter und des Bauarbeiterverbandes auf Erledigung der in der Schlichtungskommissionssitzung in Castrop am 20. Juli cr. nicht zur Verhandlung gekommenen Angelegenheiten, und zwar:

- a) Beschwerde gegen die Firma Schöppner u. Co. wegen Verstoß gegen § 5 Absatz 2 des Vertrages.
- b) Beschwerde gegen die Firmen Schöppner u. Co., Dreier, Köhler und Voigt wegen Verstoß gegen § 9 des Vertrages.
- c) Klage der Maurer Bior und Vitani gegen Dreier wegen Nichtzahlung des Tariflohnes.

Vorsitzender fragt, ob das Einigungsamt über die in der Schlichtungskommissionssitzung in Castrop nicht zur Erledigung gekommenen Sachen noch verhandeln will oder ob die Angelegenheiten nicht erneut an die Schlichtungskommission zurückverwiesen werden sollen.

Herr Kahl ist der Ansicht, daß hierüber in der Einigungsamtssitzung eine prinzipielle Aussprache notwendig ist.

Herr Wendler beipflichtet sodann in längeren Ausführungen die Vorkommnisse in der Schlichtungskommission zu Castrop und bemerkt, daß es den Mitgliedern der Arbeitnehmerorganisationen fernliege unumgänglich sei, unter dem Vorsitz des Herrn Benning an den Sitzungen teilzunehmen, da, wie erwiesen, Herr Benning sein Amt als Vorsitzender nicht unparteiisch zu führen verstände.

Vorsitzender empfiehlt Herrn Benning, nachdem von ihm zugegeben, in einigen Fällen nicht ganz korrekt gehandelt zu haben, den Vorsitz niederzulegen, damit die Verhandlungen in der Schlichtungskommission wieder aufgenommen werden könnten.

Herr Benning ist nicht geneigt, freiwillig sein Amt als Vorsitzender niederzulegen. Er will zunächst eine Entscheidung der Ortsgruppe des Arbeitgeberbundes darüber herbeiführen, ob er überhaupt noch weiter der Schlichtungskommission angehören solle. Danach sei von der Schlichtungskommission die Entscheidung über dem Vorsitz zu treffen.

Um eine Entscheidung der zurückgestellten Sachen schleunigst herbeizuführen, erklärt sich Herr Benning bereit, falls möglich eine Schlichtungskommissionssitzung einzuberufen.

gez. **Kath.**, Beigeordneter. gez. **Witz**, Oberstadtssekretär. **Mülheim**, 24. August.

**Protokoll des Einigungsamtes im Stukkateurgewerbe vom 24. Aug 1911.**

Anwesend unter dem Vorsitz des Beigeordneten **Kath. Effen** die Herren Arbeitgeber: **E. Kravinkel-Essen, August Lang-Dortmund** (entschuldigt); als **Auskunftspersonen:** **M. Cremer-Mülheim, Arbeitnehmer:** **Th. Häuschen-Bochum, H. Radtke-Düsseldorf;** als **Auskunftspersonen:** **D. Kämpfe-Mülheim, H. Bongz-Mülheim, Franz Bennd-Mülheim, A. Noos-Mülheim, C. Schilling-Duisburg;** als **Protokollführer:** **Oberstadtssekretär Witz-Essen.**

In der heutigen Sitzung wurde folgendes verhandelt bzw. beschlossen:

Beschwerde des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter, Verwaltungsstelle Duisburg, gegen die Firma Gebr. **Cremer, Mülheim**, wegen Vorforderungen der Stukkateure **Bennd, Kämpfe, Lehenbeker, Kooz, Kramold** und **Bongz**.

Aus dem Vorbringen der Parteien ergab sich, daß zwischen der Firma **Cremer** und den bei ihr in Auftrag beschäftigten Arbeitern bei Abrechnung des Abrechtes infolgedessen eine Meinungsverschiedenheit bestand, als die Firma die Abrechnung ausschließlich auf die vereinbarten Abrechtesätze stützte, während die Arbeiter den Stundenlohn und, falls bei Stundenarbeit Zuschläge für auswärtige Arbeit hätten gezahlt werden müssen, auch diese gemäß § 4 des Vertrages garantiert wissen wollten.

Das Einigungsamt gab der letzteren Auffassung nach dem klaren Wortlaut und Sinn des Vertrages einstimmig recht und gab der Firma **Gebr. Cremer** auf, nach diesen Grundätzen eine nochmalige Abrechnung mit den in Frage kommenden Arbeitern vorzunehmen.

Den von den Stukkateuren **Kramold** und **Bongz** geforderten **Rechnungen** erkennt Einigungsamt ebenfalls als berechtigt an, da, wie die Verhandlungen ergeben, es infolge Fehlens der Fenster nicht Schuld der Arbeiter war, daß die Auftragsarbeit nicht fertiggestellt wurde.

Es wird der Firma **Gebr. Cremer** aufgegeben, auf Grund der gemachten Aufzeichnungen über die geleisteten Arbeitsstunden sich mit den Arbeitern wegen der von ihnen gestellten Nachforderungen zu einigen. Auch bleibt es der Firma in allen Fällen überlassen, ihre Behauptung nachzuweisen, daß der beanspruchte Stundenlohn nicht in dem von den Arbeitern behaupteten Umfang verdient sei.

gez. **Kath.**, Beigeordneter. gez. **Witz**, Oberstadtssekretär.

**Bericht Breslau.**

**Breslau.** In der letzten Zeit kam es hier am Orte des öfteren zu Arbeitseinstellungen, ohne daß unsere Organisation davon benachrichtigt wurde. Der Beamte des sozialdemokratischen Zimmererverbandes schreibt in Nr. 34 „Der Zimmerer“ einen Bericht aus Breslau betreffs einer Baupolizei bei der Firma **Theodor Prinz**. In dem Artikel heißt es: „Nach dem christlichen Verbandssekretär Pfeiffer ist eine Abschrift des Protokolls der Schlichtungskommission zugestellt worden, von dem ich nicht bekannt. Derselbe Sekretär vermittelt auch Arbeitskräfte für die Firma **Prinz**, obwohl derselbe von dem Sachverhalt unterrichtet worden ist.“ Wichtig am Sachverhalt ist folgendes:

Bei der Firma **Prinz** ist die Arbeit eingestellt worden, ohne daß unsere Organisation etwas davon wußte. Es ist daraufhin ein Mitglied von unserem Verbande dort in Arbeit getreten. Dortselbst arbeiten aber noch ein Mitglied des sozialdemokratischen Zimmererverbandes, sowie noch zwei andere Zimmerer. Als unser Mitglied dort nun einen halben Tag arbeitete, wußte auf einmal der sozialdemokratische Beamte unser Telefon und telephonierte an, daß sie dort die Sperre verhängt hätten. Wir haben allerdings erklärt, wenn in Zukunft solche Sachen vermieden werden sollten, dann wäre es nicht mehr in Ordnung, als uns vor dem Verhängen der Baupolizei in Kenntnis zu setzen, und nicht erst dann, wenn die Baupolizei bereits einige Tage verhängt sei und dann andere Kollegen in Arbeit treten



den. Ich erstattete dem Gesamtvorstand über die Angelegenheit Bericht, doch wurde Veyser kein Haar gekrümmt. Jeder andere wäre seines Amtes sofort entbunden worden. Weiter fehlten im Jahre 1909 in der Kasse des Krankenkassenverbandes 1700 Mark. Auch hier lag nur eine Quittung vor, die lautete: „1700 Mark aus der Kasse erhalten zu haben, vorcheinigt Veyser“. Eine Anweisung des Vorsitzenden war ebensowenig vorhanden wie Belege für den Betrag. Ein ganzes Jahr hat die saule Bilanzquittung als Beleg vorgelegen. Nachdem der Antrag gestellt wurde, eine Revision vorzunehmen, bequeme sich Veyser, eine detaillierte Aufstellung über den Betrag zu machen. Verschiedene Posten höchst sonderbarer Art fanden sich dort vor. So hieß es z. B. vier- bis fünfmal: „An Herrn Soudjo 100 Mark ausbezahlt, Veyser“. Quittungen der Empfänger waren nicht vorhanden. Veyser mußte wissen, daß man bei einem so großen Kassensystem, wie das der Gemeinsamen Ortskrankenkasse, Gelder nicht ausgeben darf ohne Anweisung des Vorsitzenden und ohne ordnungsmäßige Belege, wie sie in dem Falle mit den 5000 Mark hier vorgekommen sind. Weiter enthielt die Aufstellung Ausgaben persönlicher Art, z. B. „vier Wochen in Spiel gewesen mit Nachtlogis, pro Tag 15 Mark, und 6 Wochen in Spiel gewesen ohne Nachtlogis, pro Tag 10 Mark“. Außerdem bezog Veyser sein Gehalt weiter und hatte freie Eisenbahnfahrt. Der Zeuge erklärte mit allem Nachdruck, daß es unverantwortlich sei, mit den Geldern der Kasse, die doch von Arbeitern aufgebracht würden, so zu wirtschaften. Veyser hatte keinerlei Berechtigung, solche Sätze zu nehmen. Einen anderen würde man sofort beim Fragen genommen haben. Die übrigen Vertreter des Vorstandes, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, erhalten bei gleichen Anlässen nur das Fahrgehalt ersetzt.

Ein anderer sozialdemokratischer Beamter hatte den Verkauf der Familienbücher der Familienversicherung zu tätigen. Bei einer Revision stellte sich heraus, daß für die verkauften Familienbücher, was einen großen Betrag darstellte, kein Pfennig in der Kasse vorhanden war. Dem Beamten wurde nur aufgetragen, das Geld in kurzer Zeit zu beschaffen.

Noch einen Fall brachte Zeuge zur Sprache, wo der Einkassierer Kassengelder unterschlagen und die Liste gefälscht hatte. Dagegen, ebenfalls ein Sozialdemokrat, geschah auch nichts. Bei der Frage des Vorsitzenden des Gerichts, was mit anderen, Nichtsozialdemokraten, geschehen würde, wenn sie sich ähnliche Verfehlungen zuschulden kommen ließen, erwiderte der Zeuge, daß solche zweifellos an die Luft befördert werden würden.

Der Zeuge Burchard mußte auf die Frage des Beklagten zugeben, daß nach der Versammlung, in der die belastende Äußerung gefallen war, von Veyser eine Erklärung aufgegeben worden sei, nach der keine sozialdemokratische Propaganda bei der Kasse betrieben würde. Die nichtsozialdemokratischen Beamten sollten diese Erklärung unterschreiben, bzw. weigerten dies aber einstimmig.

Der Zeuge Abteilungsleiter Red, bereits seit 8 Jahren Beamter der Kasse, sagte aus, daß man sich wiederholt darüber unterhalten habe, daß weder bei Behörden, noch bei Privaten Leute mit solchen Kenntnissen bei einer Kasse angestellt werden würden. (Sozialdemokraten. Die Red.) Nach meinem Dafürhalten würde ein Zentrumsmann nie angestellt, wenn er nicht vorher Bureaubeamter gewesen wäre. Die nichtsozialdemokratischen Angestellten bei dieser Kasse sind sämtlich zuerst Bureaubeamte gewesen. Die Angaben des Zeugen kamen nur zögernd heraus. Der Vorgelegte des Zeugen ist eben Veyser, dem diese Mißwirtschaft in dessen Kasse nachgewiesen wurde. Die Frage des Beklagten, ob er sich beeinträchtigt fühle und ob seitens des Kassensührers Veyser nicht eine Äußerung gemacht worden sei, der Vorstand wäre sich einig, daß derjenige, der in diesem Prozeß „nicht richtig“ aussage, das Kassenlokal nicht mehr betreten dürfe, mußte der Zeuge mit „Ja“ beantworten. Der Vorsitzende sprach über diese Beeinflussung sein Mißfallen aus.

Der Verteidiger des Klägers erklärte daraufhin, nicht weiter die Vertretung führen zu können, und legte sein Mandat nieder. Seitens des Beklagten wurde nachgewiesen, daß die Bureauangestellten, ob sozialdemokratisch oder nicht, dem sozialdemokratischen Verbands der Bureauangestellten angehören, der wiederum den sozialdemokratischen Gewerkschaften angeschlossen ist. Die Mitglieder des Verbandes müssen Beiträge zum sozialdemokratischen Volkskassen, ebenso zum Maiereifonds und dergleichen bezahlen. Ferner mußte der Zeuge zugeben, daß in der Kasse ein Rundschreiben zirkuliert hat, wonach die Beamten aufgefordert werden, Beiträge zum sozialdemokratischen Maiereifonds zu bezahlen. Der Vorsitzende der Kasse erklärte nach all diesen Vorwürfen, die Klage zurückzunehmen, wenn der Beklagte erkläre, daß er ihn nicht persönlich, sondern das System habe treffen wollen, weiter übernehme er die Kosten.

Dem Kläger wurde weiter noch nachgewiesen, daß er innerhalb des Kassenlokals sich sittliche Verfehlungen habe zuschulden kommen lassen, indem er, wie ein Zeuge behauptete, ein Frauenzimmer nachts in das Kassenlokal eingeschleppt hat.

Nach diesen Zeugenaussagen klappte der Kläger zusammen. Der Vorsitzende des Gerichts erklärte: „Ziehen Sie Ihre Klage ruhig zurück, denn dem Beklagten ist der Wahrheitsbeweis vollständig gelungen.“ Es wurde dann eine Erklärung formuliert, in der die Kläger anerkennen müssen, daß auf Grund des Beweismaterials sie die vom Kläger gemachten Behauptungen als richtig anerkennen. Die Erklärung, die eine vollständige Niederlage der Kläger darstellt, hat folgenden Wortlaut: „Der Privatkläger zu 1) (Mißtrauen) nimmt die Privatklage zurück. Der Angeklagte erklärt, daß er mit den inkriminierten Behauptungen den Privatkläger nicht habe treffen wollen. Der Angeklagte verzichtet auf Kostenerstattungsansprüche gegen den Privatkläger zu 1 bezüglich der außergerichtlichen Kosten. Daraufhin wird das Verfahren seitens des Privatklägers zu 1 eingestellt.“

Bezüglich des Kassensührers Veyser führt die Verhandlung zu folgendem Resultat: „Nachdem die Beweisaufnahme die Richtigkeit der Behauptungen des Angeklagten ergeben hat, daß bei Anstellung der Beamten bei der Gemeinsamen Ortskrankenkasse weniger nach der Qualifikation als nach der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei vielfach gesehen worden sei, daraufhin nehme ich, der Privatkläger zu 2), die Privatklage, soweit sie sich hierauf stützt, zurück.“

Ich, der Angeklagte, erkläre, daß der Privatkläger zu 2 sich an der Kasse betriebener sozialdemokratischer Propaganda nicht beteiligt und eine solche auch nicht gebilligt hat. Ich, der Privatkläger zu 2, nehme die Privatklage zurück, nunmehr auch bezüglich des übrigen Teiles der Privatklage. Ich, der Privatkläger zu 2, trage auch die außergerichtlichen Kosten des Angeklagten einschließlich eines Extrahonorars des Anwaltes des Angeklagten in Höhe von 15 M.“

Diese Verhandlung hat ein großes Schlaglicht auf die Mißwirtschaft geworfen, wie sie vielfach in sozialdemokratisch geleiteten Krankenkassen herrscht. Es ist vor Gericht festgestellt worden, daß bei der Anstellung von Beamten nicht nach der Befähigung, sondern einzig und allein nach der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei gefragt wurde — ganz zu schweigen von den anderen, „nebligen“ Dingen, die dieser Prozeß zutage gefördert hat. Und zu dieser Kasse, mit deren

Geldern in so unverantwortlicher Weise gewirtschaftet wurde, müssen auch die christlichen Arbeiter ihren Beitrag zahlen. Durch die neue Reichsversicherungsordnung sind Maßnahmen getroffen, solche Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern. Es ist dafür gesorgt worden, daß künftig diese Kassen nicht mehr als Verborgungsorten sozialdemokratischer Agitatoren mißbraucht werden können. Daher die große Entrüstung der „Genossen“ über die angebliche Veräußerung der Arbeiterrechte in der Reichsversicherungsordnung! Einzig und allein die Mißwirtschaft der Sozialdemokraten ist getroffen worden. Wie dringend notwendig eine solche Maßregel war, hat dieser Prozeß wieder erneut bewiesen.

### Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 10. September, der achtundzwanzigste Wochenbeitrag fällig ist.

#### Maurer.

Allenstein. Am 29. August fand im „Kopernikus“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle statt. Nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden Kollegen Karczewski nahm Bezirksleiter Kollege Schönfels das Wort. Derselbe teilte zunächst der Versammlung mit, daß nunmehr der Wunsch der Allensteiner Kollegen, einen freigestellten Kollegen nach hier zu bekommen, erfüllt sei. Er bitte alle Mitglieder, nun aber auch denselben in seiner Tätigkeit für die christliche Gewerkschaftsbewegung kräftig zu unterstützen. Sodann sprach Redner über die Pflichten eines christlich organisierten Arbeiters gegenüber Staat und Gesellschaft, sowie seiner eigenen Standesorganisation. Die Ausführungen, welche manchen praktischen Wink enthielten, wurden mit Beifall aufgenommen. Darauf nahm Kollege Jölicher das Wort, um im Anschluß an die vorhergehenden Ausführungen auf das einschneidende Zusammenarbeiten aller Kollegen mit den Führern hinzuweisen. Weiter wies der Redner darauf hin, daß es notwendig ist, sich in dieser schweren Zeit mehr und mehr zusammenzuschließen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Ganz besonders sei notwendig, daß die christlich organisierten Arbeiter sich mehr schulen, um dem Ansturm der Sozialdemokratie gegenüber standhaft zu sein. Dazu sei notwendig eifriger Versammlungsbesuch und fleißiges Lesen des Verbandsorgans. Mit der Aufforderung, ihm Vertrauen entgegenzubringen und mit ihm für unsere gute Sache zu arbeiten, schloß der Redner seine Ausführungen. Eine Debatte, welche sich hieran schloß, bewegte sich in den Bahnen der vorausgegangenen Ausführungen. Unter Verchiedenes wurde lebhaft Klage geführt über die Mißstände bei der Akkordarbeit, wobei allgemein zum Ausdruck kam, diese zu beseitigen. Nachdem der Vorsitzende nochmals zur treuen Mitarbeit aufgefordert hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

„Aus Ostpreußen“. Unter dieser Überschrift bringt der „Grundstein“ in Nr. 26 vom 1. Juli einen Artikel, worin er nachzuweisen versucht, daß die Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes keine Ursache hätten, sich über den Terrorismus der sozialdemokratisch organisierten Bauarbeiter zu entsetzen. Als Beweis wird Allenstein angeführt, wo die im Deutschen Bauarbeiterverband organisierten von den Christlichen im Verein mit der Polizei schikaniert und terrorisiert werden sollen. Man merke die Absicht. Um die Deffinitivität von den Schanddaten des roten Terrorismus, der im Reiche täglich gegen christlich organisierte ausübt wird, abzulenken, werden Fälle von Terrorismus gegen sozialdemokratisch organisierte kontruiert, die den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an der Stirn tragen. Geradezu strunghierte wird die Wahrheit in dem Bericht über eine am 28. Mai in Allenstein stattgehabene Versammlung. Man muß sich hier wirklich fragen, ob man es in dem Artikelschreiber noch mit einem geistig normalen Menschen zu tun hat, oder ob derselbe derartig geistig defekt und jeden Gefühls für Wahrscheinlichkeit bar ist, daß ihm jede Schlichtheit zukommen ist. Nach dem Artikel soll die Versammlung hinter verschlossenen Türen stattgefunden und jede verdächtige Person vorher entfernt worden sein. Wir haben nicht nötig, die Deffinitivität zu scheuen, und daß die vom Artikelschreiber im „Grundstein“ angeführte Behauptung eine große Lüge ist, beweist der Umstand, daß wir keine Türkontrollen hatten und sich überhaupt niemand darum gekümmert hatte, ob die Anwesenden organisiert waren oder nicht. Es waren Unorganisierte anwesend, und wie mir ein Mitglied nach der Versammlung mitteilte, soll auch ein rot organisierter anwesend gewesen sein. Daß dieses rote „Hängema“ in Allenstein, das, nebenbei bemerkt, gar nicht erwähnt wurde, nicht zu einem solchen großen Baum sich auswähle, dafür bürgt der gesunde Sinn der Allensteiner Bauarbeiter. Die anwesenden Frauen und Mädchen sollen nach dem Artikel im „Grundstein“ vor dem Lesen dieses Blättchens gewarnt worden sein. Diese Behauptung ist zu dumm, als daß sie bei denkenden Menschen Glauben finden könnte. Ob der „Grundstein“ ein Hehlblatt ist und von unskilligen Artikeln froh, muß ja der Artikelschreiber, der seine geistige Kost aus dem „Grundstein“ schöpft, am besten wissen. In der Versammlung ist dies von niemandem behauptet worden. Die Tatsache, daß die Anwesenden an einigen Beispielen gezeigt wurde, wie die sozialdemokratische Gewerkschaftspresse als Trabant der sozialdemokratischen Partei das Christentum beschimpft und die innerliche Ueberzeugung der christlichen Arbeiter verhöhnt, mag ja dem Artikelschreiber sehr un bequem sein, sie berechtigt aber nicht, die Wahrheit berartig auf den Kopf zu stellen. Geradezu blödsinnig ist die Behauptung, daß den Kollegen angeraten sein soll, bei irgendwelchen Maßnahmen der dortigen rot organisierten der Polizei Mitteilung zu machen. Nein, zu roter Schmiererei, mit solchen Mitteln arbeiten wir nicht. Das überlassen wir dir und deiner Gefolgschaft. Die Allensteiner Kollegen kennen diese rote Gesellschaft ganz genau und wissen, daß im christlichen Bauarbeiterverband ihre Interessen am besten vertreten werden. Der Stribent im „Grundstein“ mag sich die Finger wund schreiben, er wird daran nichts ändern. Folgende preßgeheißliche Berichtigung wurde dem „Grundstein“ zugefickt:

#### Berichtigung.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes fordere ich Sie gegenüber den in Nr. 26 des „Grundstein“ vom 1. Juli 1911 in dem Artikel „Aus Ostpreußen“ gegen mich aufgestellten Behauptungen zu folgender Berichtigung auf:

1. Es ist un wahr, daß in der am 28. Mai in Allenstein stattgehabenen Versammlung vorher alle verdächtigen Personen entfernt wurden. Wahr ist vielmehr, daß keine Türkontrollen stattfanden und vor oder während der Versammlung niemand hinausgewiesen wurde.
2. Es ist un wahr, daß ich bezüglich des Zweigvereins Allenstein des Deutschen Bauarbeiterverbandes als von einem sozialdemokratischen Pflanzling, das zerstört werden müsse, gesprochen habe.

3. Es ist un wahr, daß ich die anwesenden Frauen und Mädchen vor dem Lesen des „Grundstein“ gewarnt habe, und insbesondere un wahr ist die Behauptung: „Dieses Hehlblatt frohst von unskilligen Artikeln, die einem anständigen Menschen die Schamröste ins Gesicht treiben.“

4. Wahr ist, daß ich den Anwesenden an einigen Beispielen zeigte, wie die sozialdemokratische Gewerkschaftspresse bei sich bietenden Gelegenheiten das Christentum beschimpft und verächtlich zu machen sucht.

4. Un wahr ist, daß ich gesagt habe: „Sollten Sie von irgendwelchen Maßnahmen des sozialdemokratischen Verbandes hören, so muß sofort die Polizei davon in Kenntnis gesetzt werden.“ Wahr ist, daß diese Redewendung, weder wörtlich noch sinngemäß, weder von mir noch von einem anderen Redner gebraucht wurde. P. Thorad.

Verent, Westpr. Ein fester Entschluß vermag alles. In der richtige Moment gekommen, dann fest zugegriffen. Von diesem Gedanken ist auch unsere Agitationskommission in Danzig durchdrungen. Unser Ort hat verschiedentlich gewerkschaftliche Organisationen in seinem Bannkreis gesehen, außer der christlichen haben sämtliche Richtungen hier Gruppen gehabt, die aber, hier und dort ein Andenken zurücklassend, wieder verschwanden. Am Sonntag, den 27. August, kamen drei Kollegen des christlichen Bauarbeiterverbandes von Danzig, um die an den zwei vorherigen Sonntagen angefangene Arbeit mit einem positiven Erfolg zu krönen. Durch die Hausagitation seitens der Danziger Kommission war gut vorbereitet, trotzdem hatten sich von den 80 in Verent wohnenden Maurern und Zimmerern etwa 15—20 eingefunden. Durch einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisationen wurde die Versammlung eingeleitet. Der Redner hielt sich streng neutral, schilberte den Zweck der Organisationen in kurzen Zügen, hielt sich aber länger bei dem Nutzen auf, indem er kurz die Unterstützungs-Einrichtungen freizog, die die Lohnverhältnisse einer scharfen Kritik unterzog. So konnte nachgewiesen werden, daß, wenn in Verent ein Tarif bestünde, die Maurer jährlich 395 M., die Zimmerer 360 M. mehr verdienen würden. Ein Tarif kann aber nur durch Organisationen abgeschlossen werden, weil diese mehr Garantien für Einhalten des Vertrages bieten können als einzelne Leute. Ein Beamter des Deutschen Bauarbeiterverbandes war von Danzig hergekommen, um an der Ernte mit teilzunehmen. In der Diskussion erhielt dieser als erster das Wort. Im Prinzip war er mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, rügte aber, daß der Redner nicht seinen Verband speziell, sondern die Organisation im Allgemeinen angeführt habe. Als sich hier keine Handhabe bot, mußten die christlichen Arbeiterführer als Lebensmittelveerweigerer gehalten, und der Deutsche Bauarbeiterverband wurde nicht als eine leistungsfähige, sondern zahlenmäßig große Organisation empfohlen. Der nun folgende Diskussionsredner lieferte Belege für die Neutralität (Aufforderung zum Austritt aus der Landeskirche) und das arbeiterschädliche Verhalten (Lohnbewegung Joppot 1907) der „freien“ Gewerkschaften. Daß die Aussprache für uns nicht schädigend, sondern fördernd wirkte, zeigte der aus der Versammlung erfolgte Zwischenruf beim Anpreisen der freien Gewerkschaften: „Wir organisieren uns christlich.“ Ebenso wurde nachstehende Resolution:

„Wir Anwesende, in Verent und Umgegend Wohnende, erklären hiermit, daß wir mit den Ausführungen des Referenten einverstanden sind. Ferner erklären wir, daß wir zu sorgen, daß alle Bauarbeiter Verents dem christlichen Verbands beitreten, um gemeinsam unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Wir erklären, so weit es möglich ist, heute, am 27. August 1911, dem Verbands beizutreten.“

einstimmig von den in Verent und Umgegend wohnenden Bauarbeitern angenommen. Nachdem eine Anzahl Kollegen sich in den christlichen Verband aufnehmen ließ, wurde der Vorstand gewählt. Kollegen von Verent! Wir haben aus den von dem Referenten angeführten Beispielen gesehen, was uns verloren gegangen ist. Spät ist nicht zu spät, greift alle wacker an, um unsere Zustände zu einer Achtung gebietenden Faktor zu machen, dann werden auch wir unsere Wünsche erfüllen können.

Veracht ist die schwache Kraft des einzelnen gebrochen, Vereinte Kräfte kann man niemals unterjochen.

Berlin. In letzter Zeit hat unser Verband einen erfreulichen Aufschwung genommen. Viele neue Mitglieder wurden in eifriger, unermüdlicher Verbearbeit gewonnen. Wenn nun die Mitgliederzahl 50 000 in diesem Jahre erreicht werden soll, so müssen auch die Kollegen der Verwaltungsstelle Berlin tüchtig und tatkräftig mitarbeiten. Auch haben wir in den letzten Monaten sehr gute Erfolge zu verzeichnen, so daß die Aussicht besteht, daß auch in Berlin die Organisationsverhältnisse anlassen, nur die Hände in den Schoß zu legen. Nein, es kann nur für uns die Parole gelten, unermüdlich weiter im Interesse des Verbandes zu arbeiten, um so der Organisation gegenüber sich als eifriges und tüchtiges Mitglied zu zeigen. Bis jetzt war es nur ein Teil der Kollegen, welche sich mit Fleiß und Ausdauer der Kleinarbeit widmeten. Dies muß und soll in Zukunft anders werden. Alle Kollegen der Verwaltungsstelle Berlin müssen sich in Zukunft an der Verbearbeit für unseren Verband beteiligen. Wenn wir so unsere fernliegenden Kollegen für unsere gute Sache zu erwärmen und begeistern verstehen, können wir mit frohem Mut in die Zukunft schauen. Mag das Arbeitgebetum auch noch so gestärkt dastehen, und mögen uns die „Genossen“ auch noch so bekämpfen, unser christlicher Bauarbeiterverband wird siegreich aus dem Kampfe hervorgehen. Darum, Kollegen von Berlin, tut Eure Pflicht unserem Verband gegenüber. Uns zum Schutz, dem Segner zum Trutz.

Wodum. (Sozialdemokratische Bautenstatistik und Unehrlichkeit.) In der Nr. 32 des „Grundstein“ wird vom sozialdemokratischen Bauarbeiterverband, Zweigverein Wodum, der Halbjahresbericht veröffentlicht. In diesem Bericht wird ebenfalls eine Bautenstatistik bekanntgegeben, die von unserer Seite nicht unbesprochen bleiben darf. Diese Bautenstatistik wurde einstimmig nur vom sozialdemokratischen Bauarbeiterverband aufgenommen. Die Zahlen über die organisierten Bauarbeiter sind nicht richtig, es ist nicht zu viel gesagt, wenn man es eine Frechheit nennt, wie der Wodumer „Grundstein“-Berichterstatter diese Zahlen willkürlich aus der Luft gegriffen hat. Die Zahl der sozialdemokratisch organisierten Bauarbeiter ist nämlich viel zu hoch und die Zahl unserer Mitglieder um mehrere Hundert zu niedrig angegeben. Sogar bei den Zusammengehörigen wurden noch 100 sozialdemokratische Mitglieder zu viel gezählt, damit nur ja eine recht hohe Zahl gegenüber den christlichen Mitgliedern herauskam. Der „weiße Mann“ von Wodum zählte z. B. 659 und 73 gleich 832 (siehe „Grundstein“ Nr. 32, 1911). Nach Adam Riese sind dies nur 732. Wir haben, nachdem uns die auffallende sozialdemokratische Bautenstatistik zu Gesicht kam, sofort festgestellt, daß in den wenigsten Fällen unsere Bauarbeiter von einer solchen Aufnahme wußten. Wir haben in Wodum und in den näheren Vororten 75 Baulegitime, von diesen sind aber noch keine 5 Kollegen von den sozialdemokratischen Baukontrolleuren zwecks Feststellung gefragt worden. Die Baulegitimen konnten doch wohl am besten über die Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation der Bauarbeiter Mitteilung machen. Wenn wir behaupten, es seien mehrere Hundert unserer Mitglieder in der sozialdemokratischen Bautenstatistik zu wenig angegeben, so können wir dies auch durch unsere Abrechnung vom zweiten Quartal beweisen; diese allein kann doch nur für uns über die Zahl der Mitglieder maßgebend sein. Um die Unehrlichkeit der Sozt-Männer von Wodum zu beleuchten, einige Stichproben: Mitglieder unseres Verbandes sollten nach der sozialdemokratischen Bautenstatistik vor



kräftige) Gewerkschaften im Kampfe der Arbeiterinteressen. 2. Freie Diskussion. Kollege Wilkner aus München hatte das Referat übernommen. Derselbe behandelte die Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaften vom Jahre 1868 an bis heute. In trefflichen Worten zeichnete er das Woher und Wohin der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen. Die Gründer der sogenannten „freien“ Gewerkschaften waren Sozialdemokraten, und sind diese auch heute noch das, was ihre Bäter aus ihnen gemacht. Klassenkampf und Materialismus sind ihre Grundlagen, sie führen den Kampf gegen Staat, Religion und Gesellschaft. Darum war die christliche Gewerkschaftsbewegung eine unbedingte Notwendigkeit, sie ist heute die zweitstärkste Gruppe und befindet sich in erfreulichem Wachstum. Aller Terrorismus der Sozialdemokraten kann sie nicht in ihrem Wachstum hindern. Eine Anzahl Sozialdemokraten, die mit der Absicht gekommen waren, die Versammlung zu sprengen, gebärdete sich juchstufenförmig, ganz besonders da, wo der Referent den Satz „Religion ist Privatfache“ gründlich behandelte. Ihr Ziel gelang ihnen aber nicht, und verließen sie unter Schimpfen und Spektakeln das Lokal. Sie rissen elend aus, da sie nicht in der Lage waren, die Behauptungen des Referenten als zu Unrecht erhoben zu widerlegen. An der Diskussion beteiligte sich Kollege Augustin aus Ingolstadt. Er behauptete, daß die „Genossen“ vorzeitig ausgereifen, er hätte ihnen auch noch etwas sagen wollen. Die Versammlung war für uns ein erfreulicher Erfolg, und soll es jetzt unsere Aufgabe sein, mit aller Kraft an die Ausdehnung des Verbandes heranzugehen.

**Der Marsberg.** Am Sonntag, den 20. August, fand in Wiersbagen im Lokale des Herrn Reine eine öffentliche Arbeiterversammlung statt. Als Referenten waren erschienen die Kollegen Sander und Scharfstein von den Bergarbeitern und Kollege Werner von den Bauarbeitern. Kollege Sander hielt einen schrecklichen Vortrag über das Thema: „Warum ist die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter notwendig, und welcher Organisation müssen sich die christlichen Arbeiter anschließen?“ Werner wies auf die Ziele und Zwecke der Organisationen hin und zeigte die verschiedenen Richtungen der Organisationen. Das Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaften wurde vom Redner scharf gegeißelt. Dabei fand er Unterstützung durch seine Zuhörer. Auch hier hätten die religions- und vaterlandsförmlichen „Genossen“ bereits Anhänger. Werner zeigte dann, daß nur die christliche Organisation für uns, die wir doch noch Religion im Herzen haben, die einzig richtige sei. In der Diskussion meldete sich der „Genosse“ G. aus Würzburg zum Wort. Als aber die Redezeit der Diskussion redner auf zehn Minuten festgelegt wurde, verzichtete er auf Wort, selbst noch, als ihm eine halbe Stunde gewährt wurde. Kollege Werner verurteilte dann scharf die Freigebigkeit der „Genossen“, welche es schließlich vorzogen, das Versammlungslokal zu verlassen, um auf dem Hofraum ihre Moralpredigt zu halten. Als ihnen auch dieses nicht gelang, gingen sie ins Wirtschaftszimmer und schimpften hier über „Piaffen“ und „Zentrums-Gewerkschaften“. In einem herrlichen Schlusswort ermahnte Kollege Scharfstein die Anwesenden, doch das Gebot in die Tat umzusetzen. Die „Genossen“, welche hier sind, arbeiten bei einer Firma zu Werdlar als Steinmetzen. Unter diesen „Genossen“ arbeitete auch der Kollege Michel, Kassierer der Bahnhofsstelle Marsberg. Als derselbe am Montagmorgen zur Arbeitsstelle kam, wurde er sofort schikaniert. In der Frühstückspause wurde beschlossen, nicht mehr mit Christlichen zusammenzuarbeiten, denn Kollege M. hatte am Tage vorher verschiedene Male Bravo in der Versammlung gerufen. Aus dieser Veranstaltung fand am Freitag, den 25. August, in Nieder-Marsberg eine Mitgliederprotestversammlung statt, wo Kollege Werner die „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ der „Genossen“ mal gründlich beleuchtete. Dieser Versammlung folgte eine gemeinsame Mitgliederversammlung vom Gewerksverein und unserem Verbands am Sonntag, den 27. August, in Wiersbagen, wo wir 15 Kollegen für uns gewinnen konnten. Nur vorwärts immer, rückwärts nimmer! Kollegen des Sauerlandes, wachet auf, ehe es zu spät ist. Schaffet einen Damm von christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereinen, welcher dieser roten Flut Einhalt gebietet.

**Rawitzsch.** Unsere Bemühungen, hierorts eine Bahnhofsstelle zu gründen, waren nicht ohne Erfolg. Nachdem nun einige Besprechungen stattgefunden haben, ist eine Anzahl der Kollegen von Rawitzsch der Organisation beigetreten. In einer stattgefundenen Versammlung erklärte selbst der Vorsitzende des sozialdemokratischen Verbandes, daß es mit seiner Organisation am Orte schlecht bestellt sei. Wüßten daher unsere Kollegen um so eifriger arbeiten, damit sie die Fernstehenden für die Organisation gewinnen und treue Mitglieder unserer Sache werden.

**Siegen.** (Verwaltungsstellenkonferenz.) Die diesjährige Konferenz unserer Verwaltungsstelle fand am Sonntag, den 20. August, in Siegen statt. Anwesend waren 25 Kollegen. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Bericht des Vorstandes und der Delegierten. 2. Kassenbericht vom ersten Halbjahr. 3. Stellungnahme zur 3. Generalversammlung. 4. Verschiedenes. Aus dem Vorstandes- und Kassenbericht, welcher vom Kollegen Hillenbrand erstattet wurde, ist zu entnehmen, daß unsere Verwaltungsstelle an dem allgemeinen Aufschwung im Verbands in etwas teilgenommen hat. Am 1. Juli waren laut Abrechnung 608 Mitglieder vorhanden und ist die Mitgliederzahl inzwischen noch erheblich gestiegen. Neu gegründet wurden die Bahnhofsstellen Altenkirchen, Drolshagen, Siegen, (Stuttgarter) und Etorf. Insgesamt bestehen 21 Bahnhofsstellen, welche sich auf die Kreise Siegen, Altenkirchen, Olpe, Dillkreis und Wittgenstein verteilen. Neu aufgenommen wurden im ersten Halbjahr 359 Mitglieder, woraus zu ersehen ist, daß an der Gewinnung der Nichtorganisierten mit Erfolg gearbeitet wurde. Trotz dieser zahlreichen Aufnahmen sind in allen Orten noch sehr viele indifferente Bauarbeiter anzutreffen. Bei der Frühjahrsagitation hatten einzelne Bahnhofsstellen gute Erfolge aufzuweisen. Es wurden Mitglieder gewonnen: Siegen 80, Weidenau 23, Geisweid 13, Kreuzthal 10, Niederschelden 9, Kirchen 18, Wissen 25, Altenkirchen 37, Etorf 18, Olpe 35, Drolshagen 15, Altdorn 10. Diese Zahlen sind der beste Beweis für die Werbefähigkeit unseres Verbandes. Notwendig ist jetzt, daß mehr an der Erhaltung der Neugewonnenen gearbeitet wird, um so die Zukunft einzudämmen. — Lohnbewegungen wurden drei erledigt und ist über deren Ausgang und Erfolge bereits früher berichtet worden. Fast unsere sämtlichen Mitglieder im Verwaltungsstellengebiet arbeiten unter vertraglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Kassenverhältnisse haben sich gegenüber dem Vorjahre verbessert. Es wurde eine Einnahme von 4443,65 M erzielt, wovon 3448,67 M an die Hauptkasse abzuführen waren. Die Einnahmen wären weit höhere gewesen, wenn in einigen Bahnhofsstellen mit der Einlassung der Beiträge pünktlicher und energischer vorgegangen worden wäre. An Unterstützungen wurden 464,65 M gezahlt. — Eine längere Diskussion entspann sich beim dritten Punkt der Tagesordnung, wo insbesondere die in Nr. 33 der „Drogenwirtschaft“ veröffentlichten Anträge zur Generalversammlung einer Besprechung unterzogen wurden. Einstimmig wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Generalversammlung betreffs Streit- und Ausspernungsunterstützung die Vorschläge des Zentralvorstandes annehmen möge, ebenso wurden die Vorschläge über die Änderungen bei der Krankenunterstützung gutgeheißen. — Unter Verschiedenes wurde beschlossen, daß das Eintrittsgeld von jetzt an 1,10 M beträgt. Solche Kollegen, die wegen rückständigen Beiträgen ausgeschlossen sind und wieder Mitglieder werden wollen, haben 1,70 M Eintrittsgeld zu leisten. Die Winterbeiträge wurden wie im Vorjahre auf 1,20 M pro Mit-

glied festgesetzt. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Wilhelm Schneider-Küdershausen erster Vorsitzender, Heinrich Achenbach-Weidenau zweiter Vorsitzender; Karl Hillenbrand-Siegen erster Kassierer, Georg Klein-Weidenau zweiter Kassierer; Joseph Wehler-Siegen erster Schriftführer, Joseph Bönnig-Dilpe zweiter Schriftführer. Zu Beisitzern wurden die Kollegen Wilhelm-Weidorf und Maiz-Dilpe bestimmt. Als Referenten wurden Karl Reichard, Ludwig Fischbach und Georg Seibel, alle in Siegen, gewählt. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde die in allen Teilen schön verkaufte Konferenz vom Vorsitzenden mit einem Hoch auf unseren Verband geschlossen.

Im Anschluß an die Konferenz fand im größten Saale zu Siegen eine Massenversammlung der christlichen Arbeiter der Siegerlande statt, die von mehr als 1300 Personen besucht war. Vorträge hielten Herr Liz. M. um M. Berlin über „Die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben“ und Reichstagsabgeordneter Kollege Schiffer-Düsseldorf über „Die Reichsversicherungsordnung“. Die beiden Redner ernteten für ihre vorzüglichen Darlegungen stürmischen Beifall. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute, am 20. August, im großen Kaisergarten-Saale zu Siegen tagende, von über 1000 Personen besuchte Versammlung der christlich-nationalen Arbeiter der Siegerlande erklärt nach Anhörung der Vorträge der Herren Lizentiat Mumm und Reichstagsabgeordneter Schiffer die weitere unablässige Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in allen ihren Zweigen für eine unbedingte Notwendigkeit. Daran mitzuarbeiten ist Pflicht aller christlich und vaterländisch gesinnten Männer. Die Versammelten sind überzeugt, daß nur durch eine starke christlich-nationale Arbeiterbewegung dem immer weiter um sich greifenden volkszerstörenden Treiben der Sozialdemokratie wirksam begegnet werden kann. Eine gezielte Weiterentwicklung der christlichen Standes- und Berufsvereine hat aber nur dann Aussicht und Erfolg, wenn konfessionelle Vereine und christliche Gewerkschaften einmütig zusammenstehen und sich in ihrer Arbeit gegenseitig ergänzen. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, daß jeder christlich-nationale Arbeiter der christlichen Organisation seines Berufes und dem für ihn in Betracht kommenden konfessionellen Verein als Mitglied angehört. Versammlung erwartet, daß die zur Erreichung dieses Zieles notwendige Arbeit von allen diesbezüglichen Vereinigungen baldigt und mit Nachdruck in Angriff genommen wird.“

In bezug auf die Reichsversicherungsordnung erkennt die Versammlung an, daß insbesondere die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten ihre volle Pflicht getan und sich die größte Mühe gegeben haben, um für die Arbeiter das Mögliche herauszuschlagen. Die Reichsversicherungsordnung bringt gegenüber dem bisherigen Zustand eine Reihe von bedeutenden Verbesserungen. Der Sozialdemokratie stand ihrem Verhalten zufolge die seitjährige Sinecurenwirtschaft in den Krankenkassen höher als die Wohltaten, die den Armen, den Heimarbeitern und Landarbeitern, aus der Reichsversicherungsordnung erwachsen. Die Versammlung verurteilt die Haltung der Sozialdemokratie und protestiert gegen die Beschimpfungen, mit denen die christlichen Arbeiterabgeordneten anlässlich der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung von sozialdemokratischer Seite traktiert wurden. Den im Reichstag tätigen christlich-nationalen Arbeiterabgeordneten sprechen die Versammelten für ihr Verhalten bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung herzlichen Dank und volles Vertrauen aus.

Die Versammlung hat unter der christlichen Arbeiterschaft des Siegerlandes wieder neue Begeisterung erweckt und steht zu hoffen, daß insbesondere die einzelnen Berufsverbände der christlichen Gewerkschaften weitere Fortschritte machen. Manchem Zweifler, der bisher tatenlos zugehört hat, wird jetzt klar geworden sein, daß er sich an der Arbeiterfrage verdingt, wenn er noch länger dem Indifferenzismus zuliegt. Mit einem brausenden Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung erreichte die imposante Versammlung ihr Ende.

**Stuttgart.** Wenn die „Genossen“ mit ihrem Terrorismus an einem Orte nicht durchkommen, so ist nach ihrer Darstellung gewöhnlich dies der Verworfenheit und Schlechtigkeit der christlichen Arbeiter und ihrer Führer zuzuschreiben. Letztere werden gewöhnlich noch als „Arbeitsvermittler“ und „Streitbrecher-agenten“ gebrandmarkt und auch verdächtigt, von den Arbeitgebern ein anfängliches Trinkgeld erhalten zu haben oder sonstwie reichlich entschädigt worden zu sein. Bei den meisten Menschen werden solche Mäpchen ja nicht mehr verlangen, aber die „Genossen“ glauben bei ihren Mitgliedern, und sie müssen sie ja kennen, noch so viel Stumpfsinn vorzufinden, daß diese derartig erlogene Geistesförmigkeit in sich aufnehmen, wonach sie zur Christenhege auch wieder viel brauchbarer sein dürften. Die Stuttgarter Stuttgarter-„Genossen“ läßt der Verrger über ihre Niederlage, die sie bei Ausübung des „vielgerühmten Terrorismus“ am 1. Juli, Hoftheater erlitten haben, nicht schlafen. In Nr. 31 ihres Verbandsorgans wird ein Versammlungsbericht veröffentlicht, welcher sich in der Hauptsache mit dem genannten Terrorismusfall beschäftigt. Dieser Bericht ist aber von der Wahrheit wenig getrübt, sondern stellt in seiner Hauptsache ein Gemisch von Lügen, Verdächtigungen und Verdrehungen dar, die nicht unwiderprochen bleiben sollen. Auf die Stellung der Mainzer Firma Blasbed zur Stuttgarter Firma Eng wollen wir heute nicht eingehen, man hätte darauf eingehen können, wenn die „Genossen“ ihren Terrorismus, der auch hier nur sämtlichen am Theaterbau beschäftigten Stuttgarter geschadet hat, hätten bleiben lassen. Aber die Mainzer und Stuttgarter Stuttgartergenossen waren sich darüber einig geworden, daß die Christlichen vom Hoftheater betrieblen werden sollten, und suchte jeder in diesem Sinne und in seiner Weise dazu beizutragen. Die Mainzer sollten oder wollten den Terrorismus-trieb ausüben, den die Stuttgarter Stuttgartergenossen, mit Rücksicht auf den bestehenden Tarif und die eventuell für sie daraus erwachsenden Schwierigkeiten, sich nicht auszuüben trauten. Den Mainzern aber, die der Firma einen Grund für ihren Terrorismus überhaupt nicht anzugeben wußten, war von Herrn Blasbed gesagt worden, daß abgesehen davon, daß gar keine Ursache vorliege, die christlichen Stuttgarter zu entlassen, er dies auch nicht könne, da diese bei der Firma Eng arbeiteten und er mit Herrn Eng erst Rücksprache nehmen müsse. Die „Genossen“ sollten einverstanden ruhig weiter arbeiten, es würde ihnen das Ergebnis der Besprechung mitgeteilt werden. Daraufhin stellten die „Genossen“ die Köpfe zusammen, und den Stuttgartern, welche ja die Firma Eng genau kannten, diktierte es dabei etwas Schwill geworden sein. Sie mochten einsehen, daß der Terrorismusstreik der Mainzer Stuttgartergenossen wenig Aussicht auf Erfolg habe. Sie suchten deshalb die Sache auf eine andere Karre zu laden. Als unsere Kollegen am Montag, den 10. Juli, von ihrer Heimat nach Stuttgart kamen, erwartete sie der „Genosse“ Fuchs bereits auf dem Bahnhof und versuchte ihnen klarzumachen, daß sie berechtigt seien, am Theaterbau, trotz bestehendem Tarif, einen höheren Stundenlohn als den bezahlten zu verlangen. Er habe mit seinen anderen dort beschäftigten Stuttgarter Kollegen gesprochen, und sie seien dahin einig, einen Stundenlohn von 75 Pf. statt der bezahlten 70 Pf. zu beanspruchen. (Der Tarif sieht einen Stundenlohn von 68 Pf. vor. Das Vorgehen war mithin tarifwidrig und hätte unser Verband seine Zustimmung nicht gegeben.) Unsere Kollegen stellten sich lieber von den „Genossen“ auch bereden, mit für diese Forderung einzutreten, unter der ausdrücklich verlangten Bedingung, daß von den „Genossen“

aber ein Zusammenarbeiten mit unsern Mitgliedern nicht mehr beanstandet werden dürfe, und solle dies auch mit der Firma festgelegt werden. Nur unter dieser Bedingung wurde Kollege Straub mit vorstellig. Nach dem „Stuttgarter“ hat „Genosse“ Kleiner der Versammlung die Sachlage so dargestellt, als ob die Firma Blasbed die Mainzer Terroristen bereits bis zum 10. Juli zurückgezogen habe und diese, sowie die Terrorismusfrage nichts mit der gestellten Lohnforderung zu tun hätten. Diese Darstellung ist Schwindel. In Wirklichkeit triffen Terrorismus und Lohnfrage ineinander wie zwei Jahnhäber und waren zugleich mit der Zurückziehung der Mainzer „Genossen“, die unter keinen Umständen mit unsern Mitgliedern zusammenarbeiten wollten, am 15. Juli erledigt. Wenn der „Genosse“ Kleiner in der Versammlung weiter sagte, ein christlich und ein frei organisierter hätten die Arbeit im Auftrag der übrigen Christlichen niedergelegt, um wegen mehr Lohn vorstellig zu werden, so ist hierbei wiederum Schwindel im Spiel, denn es arbeiteten außer den vier von der Firma Eng eingestellten Stuttgarter Stuttgartern auch noch vier von der Firma Blasbed eingestellte Stuttgarter „frei“ organisierte Stuttgarter dort, die keinen Pfennig Lohn mehr erhielten, als die von der Firma Eng eingestellten. Wir fragen nun: Wollten diese keine Lohn-erhöhung? Hatte der Freiorganisierte von diesen keinen Auftrag, für sie mit einzutreten? Wenn ja, warum verweigerte „Genosse“ Kleiner dies der Versammlung? Aus dem einfachen Grunde, weil diese, nachdem die Lohnforderung abgelehnt war, mit Ausnahme von einem einzigen, sich weigerten, die Arbeit auch niederzulegen. Oder sollten etwa nur die christlichen Stuttgarter zur Arbeitsniederlegung veranlaßt werden, um sie so ohne Terrorismus vom Hoftheaterbau zu entfernen? Kann man es unsern Mitgliedern verdenken, daß sie es ablehnten, die Arbeit einzustellen, als sie sahen, daß außer dem „Genossen“ Fuchs und Tom kein einziger der übrigen 15—18 dort beschäftigten „Genossen“ eine Spur von Solidarität mit den Mainzern verriet? Es mußte da auch dem Blödesten einleuchten, daß die ganze Lohnbewegung nur ein frivoles Spiel war, um unsere Mitglieder aus der Arbeit zu beissen. Ich habe die Ueberzeugung, daß, sobald unzer Mitglieder die Arbeit ver-lassen, die „Genossen“ unter sich schon wieder so viel Solidaritätsgelübe preisgäßen hätten, als nötig gewesen wäre, um für ihre entlassenen Mitglieder wieder gnädige Aufnahme zu er-langen. Uebrigens hat „Genosse“ Fuchs wieder Arbeit bei dem Meister Eng angenommen, nur an einer anderen Arbeitsstelle. Also ihm genügt der Lohn jezt auch. Aber als eine Freiheit und den Gipfel der Ver-worfenheit muß man es bezeichnen, daß diese „Genossen“ nach-her bei der Firma unsere Mitglieder anzuschwärzen suchten, indem sie erklärten, die bösen Christlichen seien die Anstifter der Lohnbewegung gewesen. Ja, ja! so sind die „Genossen“: Den Mitgliedern gegenüber weisen sie nicht, wie radikal sie auftreten sollen, aber den Arbeitgebern gegenüber möchten sie als die unschuldigen Lämmer scheinen, und um dies zu erreichen, scheuen sie weder Lüge noch Verleumdung. Wie es scheint, hat der „Genosse“ Kleiner auch seinen Versammlungs-besuchern verschwiegen, daß am Mittwoch, den 12. Juli, noch eine Verbandsversammlung stattfand, an der unsere Mitglieder sowohl als auch die Mainzer „Genossen“ teilnahmen. In dieser Versammlung sollte ebenfalls die Lohnfrage am Hoftheaterbau behandelt werden. Unser Mitglied Bosh verlangte aber, daß man von seiten der „Genossen“ erst eine Erklärung abgebe, ob sie gewillt seien, in Zukunft auch mit unsern Mitgliedern am Hoftheater zusammenzuarbeiten. Zuerst versuchten zwar die Herren „Genossen“ durch allerhand Redensarten und Verdäch-tigungen um diese Erklärung herumzukommen. Schließlich aber, als dieses nicht glückte, erklärten sie, sie wollten nur erst die Lohnfrage regeln, wenn dies geschehen sei, dann müßten die christlichen Gipfel vom Neubau des Hoftheaters verschwinden. Selbstredend erklärten unsere Mitglieder dann, daß, wenn die Sache so stehe, sie gar keine Veranstaltung hätten, für die „Genossen“ die Kassen aus dem Feuer zu holen, die diese dann allein verzehren wollten, und verließen daraufhin dann das Versammlungslokal. An den nächsten Abend hielten die „Ge-nossen“ abermals eine Versammlung ab, was dort beschloffen wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber so viel wissen wir, daß am Tage nach dieser Versammlung ein im Hoftheater be-schäftigter „Genosse“ der Firma Blasbed mitteilte, sie solle doch die paar Christlichen entlassen, die „Genossen“ würden bereit sein, der Firma qualifizierte Arbeiter in genügender Anzahl für einen Stundenlohn von 70 Pf. zur Ver-sügung zu stellen. Aber die Firma ging hierauf nicht ein. Unsere Mitglieder aber sagten, wenn die Sache so aussieht, können wir auch was die „Genossen“ können. Dies sind die Tatsachen, wie sie sich abgespielt haben, und das ist doch wesentlich anders, als wie „Genosse“ Kleiner nach dem „Stuttgarter“ in jener Versammlung berichtete. Daß es die „Genossen“ ärger-t, daß, als die Mainzer „Genossen“ die Arbeitsstelle verließen, diese Stille durch 15—20 christliche Stuttgarter ausgefüllt wurde, finden wir begreiflich, kann uns aber wenig rühren. In diesem Verrger log dann der „Genosse“ Kleiner auch weiter, die Mainzheimer Christen hätten eigens zu diesem Zweck Mitglieder nach Stuttgart zu dirigieren, eine Versammlung abgehalten, in Wirklichkeit haben sie den Stuttgarter Terrorismusfall in einer ihrer ordentlichen Mitgliederversammlungen behandelt, in welcher sich denn auch einige Kollegen bereitwillig zur Seite Stuttgart zu fahren, um unsern dortigen Mitgliedern zu helfen zu sehen. Ich soll dann diese Mitglieder am Bahnhof empfangen und sie nach einem guten Trunk im „Hotel Royal“ dem Unternehmer ausgeliefert haben. Dies ist ebenfalls erlogen und ich erkläre öffentlich, daß ich dem „Genossen“ Kleiner 100 M zahle, wenn er imstande ist, für diese Behauptung den Beweis zu erbringen. Den Gipfel der Gemeinheit bestieg „Genosse“ Kleiner aber, indem er nach dem Bericht im „Stut-tgarter“ sagte: „Ob dieser Schacher Herr Rott etwas eingetragen hat, entzieht sich unsrer Kenntnis, wird aber stark vermutet.“ Hierzu kann ich nur sagen, daß ich stark vermute, daß kann ich nur sagen, daß ich stark ver-mute, daß nur ein ganz gemeiner Dumm-zu betreiben, wie sie in dem angeführten Satze enthalten ist. Dann faßet der „Genosse“ Kleiner in ge-schmackvoller Weise von dem „Stellenvermittler“ Rott, der einem jungen Kollegen aus Mannheim erklärt habe, wir können dich nicht gebrauchen, du bist noch zu jung. Es wundert mich nur, daß man mich nicht noch als stillen Teilhaber der Firma hingestellt hat. Denn im Bedächtigen leisten ja die „Ge-nossen“ das menschenmögliche. Ich habe dem jungen Kollegen lediglich mitgeteilt, daß die Firma seine Einstellung verweigerte, da sie ihn in Anbetracht seiner Jugend für noch nicht fähig hielt, die dort erforderlichen Arbeiten auszuführen. Bin ich aber „Stellenvermittler“, weil ich dem einen oder anderen Kollegen Arbeit nachweise, nun, so haben die „Genossen“ doch keinen Mangel an Stellenvermittlern. Denn alle ihre Sozialbeamten vermitteln Stellen, ganz abgesehen davon, daß ihre Arbeitsnachweise, nach Kleiner, doch auch nur Stellenvermit-tlungsbeamten sein können. Keinesfalls aber hatte der junge Kollege nicht zu beanspruchen, was ihm auch meines Wissens nicht versprochen worden, noch hatte er solches von uns ver-langt. Sehr gut steht es Herrn Kleiner aber an, wenn er von unserer Organisation als von einer Zwergorganisation spricht. Weines Gedächtnis hat er sich hier nicht ganz vom Großenwahm freihalten können. Bei jedem denkenden Menschen ist es wird sich ein Mann der Sacherlichkeit preisgeben, der als Vertreter einer ca. 7000 Mitglieder zählenden Organisation einen über 40 000 Mitglieder zählenden Verband als Zwergorganisation

bezeichnet. Auch dürfte Herr Meiner mit seinem Urteil, daß wir die Interessen der Unternehmer höher stehen sollen, als die der Kollegen, nicht einmal Glauben bei den eigenen „Genossen“ finden, die Gelegenheiten hatten, mich persönlich kennen zu lernen. Unsern Mitgliedern aber dürfte dies mehr verkehrsmäßig als leistungsmäßig Urteil höchstens ein überlegenes Rädeln abtrotzen. Unser weiteres Vordringen in die Reihen der Gipser und Stukkateure werden die „Genossen“ aber sicher nicht hindern können. Wir haben heute schon beim Theaterbau bereits Zuwachs aus den Reihen ihrer Organisation erhalten. Und ich habe weiter das Vertrauen zu den christlichen Gipsern und Stukkateuren, daß sie es vorziehen, immer mehr sich unserer Organisation anzuschließen, als sich von den „Genossen“ für hohe Beiträge herartig anschwindeln zu lassen, wie es in der genannten Versammlung geschehen ist.

### Die freiwillige Zusatzversicherung in der Reichsversicherungsordnung.

Man hört oft, die Leistungen der Invalidenversicherung seien so gering, daß ein Invaliden Arbeiter unmöglich seinen Lebensunterhalt aus der Rente bestreiten könne. Und es ist wahr, diese Renten können, so lange sie nicht stark erhöht werden, nur einen teilweisen Ersatz für die verlorene Erwerbsfähigkeit bieten, ebenso wie die Altersrente nur einen Zuschuß zu dem Einkommen erwachsener alter Personen bilden kann. Nun werden gewiß die Freunde der Sozialreform eine Erhöhung der Renten anstreben; aber es muß doch auch die Kenntnis von dem verbreitet werden, was das Gesetz schon jetzt möglich macht.

Für Befriedigung des eigenen Fürsorgetriebs ist in der Reichsversicherungsordnung eine besondere freiwillige Zusatzversicherung vorgesehen, die den Zweck hat, für den Fall der Erwerbsunfähigkeit eine höhere Invalidenrente zu verschaffen. Alle Personen, die eine Quittungsskarte besitzen oder zur Selbstversicherung berechtigt sind, können zu jeder Zeit und in beliebiger Anzahl Zusatzmarken einer jeden Versicherungsart in die Quittungsskarte einstecken. Sie erwerben dadurch einen Anspruch auf eine Zusatzrente für den Fall, daß sie erwerbsunfähig werden.

Eine Zusatzmarke kostet 1 M. Die Rente wird so berechnet, daß die Zeit zwischen dem Kalenderjahr, in welchem die Quittungsskarte aufgerechnet worden ist, mit dem Betrage von 2 Pf. für jede Zusatzmarke multipliziert wird. Die Monatsbeträge der Renten werden auf volle 5 Pf. aufgerundet. Das Verfahren der Rentenberechnung möge an einem Beispiel erläutert werden.

Eine Schmiedemeister hat seine Invalidenversicherung, in der er als Geselle zwangsweise versichert war, aufrechterhalten. Als ihm seien am 31. Dezember 1912

200 Markten der Lohnklasse III
400
90 Wochen militärischer Dienstleistung
15 Krankheitswochen und
25 Markten der Lohnklasse I nachgewiesen.

Vom 1. Januar 1912 an will sich der Meister die Vorteile der Zusatzversicherung verschaffen. Er verwendet alle 14 Tage eine Zusatzmarke, also im Jahre 36 Markten. Daneben hält er den Anspruch auf die reichsgesetzliche Invalidenrente durch Fortzahlung von jährlich 10 Beitragsmarken erster Lohnklasse aufrecht. Die Quittungsskarte tauscht er immer kurz vor Jahresabschluss um. Nach 25 Jahren, also im Jahre 1937 möge der Meister erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes werden. Er erhält dann eine reichsgesetzliche Invalidenrente, die sich zusammensetzt aus dem Reichszuschuß von 50 M., einem Grundbetrage von 400 mal 20 Pf. und 100 mal 16 Pf. gleich 96 M., und aus den Rentenversicherungen für 275 Beitragswochen der Lohnklasse I mit je 3 Pf., 105 Beitragswochen der Lohnklasse II (Militärdienstzeit und Krankheitswochen) mit je 6 Pf., 200 Beitragswochen der Lohnklasse V mit 12 Pf., die zusammen 78,55 M. ergeben. Die reichsgesetzliche Invalidenrente beträgt also 224,55 M.

Daneben wird die Zusatzrente gewährt, und zwar werden angerechnet für jedes der 25 Jahre zwischen 1937 und 1912 26 mal 2 Pf., ebenso für jedes der 24 Jahre zwischen 1937 und 1912, für jedes der 23 Jahre zwischen 1937 und 1914 und so weiter; zuletzt werden für das Jahr zwischen 1937 und 1936 ebenfalls 26 mal 2 Pf. angerechnet. Rechnet man die Jahre zusammen, für die 26 mal 2 Pf. angerechnet sind, so erhält man die Zahl 325. Die Zusatzrente beträgt also 26 mal 2 mal 325 Pf., d. h. 169 M. Der Schmiedemeister würde also eine Gesamtrente von 393,55 M. oder von monatlich 32,80 M. erhalten. Zahl er mehr, so erhält er auch noch mehr. Jedenfalls ist diese Art der Fürsorge für den Lebensabend billiger als jede Lebensversicherung, und mancher vielgeprüfene Volkswirtschaftler vorzuziehen, zudem die Zahlungen nie und nimmer versagen, wenn man sie nicht fortsetzen kann. Möge nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung von dieser Zusatzversicherung viel Gebrauch gemacht werden.

### Aus unseren christlichen Verbänden.

**Tabakarbeiter-Verbandsrat.** Unsere Brudervereinigung, der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands, hielt in der Zeit vom 13. bis 16. August seinen vierten Verbandstag in Berlin ab. Zu dem, dem Verbandstag vorausgehenden Begrüßungsfeier waren an 600 Tabakarbeiter und christliche Gewerkschafter anderer Berufe erschienen. Auch die geistlichen und weltlichen Behörden waren stark vertreten. So war der Oberbürgermeister der Stadt Berlin, der Ratsherr von Mübner und ein Vertreter des Landrates von Berlin erschienen. Außerdem waren die evangelischen Geistlichen Herrmanns und die christlich-sozialen, die sozialdemokratische und die nationalliberale Partei vertreten. Als Mann, der bekannte warne Freund und Förderer der christlichen Gewerkschaften, war ebenfalls anwesend. Als Vertreter des Gewerkschaftsbundes nahm Kollege Bogelmann an den Verhandlungen teil und vom episcopalen Bruderverband Herrmanns.

Die geschäftlichen Verhandlungen nahmen am Montag ihren Anfang. Aus dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende, Kollege Grotmann erstattete, ist zu entnehmen, daß der Verband in den drei letzten Jahren große Fortschritte gemacht hat. Die Mitgliederzahl stieg vom Schluß des Jahres 1908 bis Ende des Jahres 1910 von 5336 auf 7040. Auch das erste Vierteljahr 1911 brachte einen weiteren Zuwachs. Das Vermögen stieg bis zum Jahresabschluß auf 77 000 M. Der Verband hat also trotz der nach Abnahme des Tabakverbrauchs gegen ihn unternommenen Hege eines überaus günstigen Entwicklung genommen. Neben einer systematischen, großartigen Agitationsarbeit verbandt er diese seine Erfolge hauptsächlich mit der umsichtigen und energiegelassen Betätigung der zwischen seiner Mitglieder während dieser Zeit ein besonderes Verdienst hat sich der Verband durch die Errichtung einer Unterabteilung für die durch die Tabakarbeiter-Verbandsrat erworben. Diese ständige Fürsorge ist im wesentlichen die richtige Durchführung dieses Geschäftes mit allen Mitteln angedeutet sein.

Trotzdem die zwei abgelaufenen Jahre der Krise nicht besonders günstig für die Führung von Lohnbewegungen waren, gelang es, für 233 Mitglieder, die an 101 Bewegungen be-

teiligt waren, einen Mehrerwerb von über 71 000 M zu erzielen, 50 dieser Bewegungen wurden vom christlichen Verband allein geführt, während er an weiteren 22 die Mehrheit seiner Mitglieder beteiligte hatte.

Der Verbandstag nahm eine Neuordnung und teilweise Verbesserung des Unterstützungswezens vor. Neu beschlossen wurde die Gewährung einer Wöchnerinnenunterstützung, auch wurde die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung erhöht. Die zwei unteren Beitragsklassen, 20 Pf. für weibliche und 30 Pf. für männliche Mitglieder wurden insofern allmählich aufgehoben beschlossen, daß keine neuen Mitglieder in diese Klassen aufgenommen werden. Sämtliche Ortsgruppen sind außerdem verpflichtet, in Zukunft einen Lokalbeitrag von 5 Pf. zu erheben, von dem 90 Prozent zur Bestreitung der Agitation in den einzelnen Bezirken abgeteilt werden müssen. Der Titel des Verbandes wurde wie folgt geändert: Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands.

Der Vorsitzende Gammann wurde einstimmig wiedergewählt, außerdem wurden zwei neue Mitglieder aus Westfalen, ein neues aus Baden in den Zentralvorstand delegiert. Weiterhin wurden die an der Zentrale tätigen Kollegen Köhler und Hartmann neu gewählt.

Der zweite Verhandlungstag brachte drei wichtige Vorträge. Ueber „Tabakindustrie und Tabakarbeiterchaft“ sprach Kollege Köhler, der Redakteur des Verbandsorgans. Dieses Referat behandelte die gegenwärtig im Vordergrund des Interesses stehenden berufswirtschaftlichen, sozialen und organisatorischen Fragen, die unter dem Gesichtspunkt des gemeinsamen Interesses zwischen Unternehmer und Arbeiter behandelt wurden. Dieser Vortrag, der eine eingehende Orientierung über verschiedene verbandstaktische Fragen brachte, soll durch die Anregungen der Aussprache ergänzt, weiteren Mitgliederkreisen zugänglich gemacht werden. Ueber Lehrverträge in der Zigarrenindustrie sprach Köhler-Bielefeld und über die Agitation unter den Jugendlichen und Arbeiterinnen Gadenlaub-Heidelberg. Alles in allem hat der Verbandstag der Tabakarbeiter sehr ergebnis- und fruchtbringende Arbeit geleistet.

Der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands hielt vom 20.-22. August seine 6. Generalversammlung in München ab. Hier stand, wie bei so manchem unserer christlichen Gewerkschaftsverbände, die Lage des Verbandes. Seitdem hat der Verband eine in Anbetracht der Verhältnisse gute Entwicklung genommen.

Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1910 5107, am 30. Juli 1911 5328. Das ist seit der letzten Generalversammlung eine Zunahme von 1210 Mitgliedern. Außerordentlich günstig haben sich auch die Kassenverhältnisse entwickelt. Einjähriglich eines Bestandes von 29 331 M. betragen die Einnahmen 228 966 M. Für Unterstützungen wurden in zwei Jahren 70 644 M. ausgegeben. Davon für Streiks und Ausperrungen 42 144 M., für Krankheitsfälle 15 284 M., für Reise- und Arbeitslosenunterstützung 8619 M. Das Verbandsorgan erforderte 10 899 M. Das Vermögen des Verbandes belief sich auf 69 361 M. Lohnbewegungen hatte der Verband in den 1 1/2 Jahren 101 mit 2739 beteiligten Personen, Streiks und Ausperrungen 19 mit 567 Beteiligten. Von letzteren waren nur 3 erfolglos mit 37 Mitgliedern. Die durch die Bewegung erzielten Erfolge, soweit sie sich ziffernmäßig erfassen lassen, machen pro Jahr 109 000 M. und eine Arbeitszeitverkürzung von 352 000 Stunden aus.

### Soziale Wahlen.

Hagen. Am Mittwoch, den 16. August, fand die Wahl des Gesellenauschusses für die heutige Zwangsstimmung des Maurerbetriebes statt. Gewählt wurde die Liste des christlichen Bauarbeiterverbandes. Die „Genossen“ haben sich nicht an der Wahl beteiligt. In Anbetracht ihrer bekannnten Schwäche am Orte wäre ein Reinfall diesen Leuten auch sicher gewesen. Um zu den vielen Niederlagen, die sie hier am Orte bei sozialen Wahlen schon erlitten haben, nicht auch diese noch hinzuzufügen, haben die Herren es vorgezogen, sich nicht an der Wahl zu beteiligen. Auch eine Art der Tapferkeit.

### Gerichtliches.

Hannover. (Pette „Gepflogenheiten“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften.) Wegen eines gemeinen Schimpfwortes, das der Anpöbelung eines Vergessenen gegen den § 175 des Strafgesetzbuches gleichkommt, hat unser Mitglied H. G. den sozialdemokratischen organisierten Bauarbeiter A. G. gerichtlich belangt und errichtet, daß derselbe zu einer Geldstrafe von 10 M. verurteilt wurde. Die Begründung des Urteils, besonders der strafmildernden Umstände, ergibt, daß der Angeklagte nur das getan hat, was dort gang und gäbe ist. Es heißt in dem Urteil:

„Auf Grund der mündlichen Verhandlung, insbesondere des dahingehenden Geständnisses des Angeklagten, hat das Gericht für erwiesen erachtet und tatsächlich festgestellt, daß der Angeklagte am 13. April 1911 zu Hannover den Privatkläger dadurch beleidigt hat, daß er ihn (folgt der gemeine Ausdruck) nannte. Der Angeklagte war danach auf gestellten Strafantrag wegen Beleidigung nach § 175 des Str.-G.-B. zu bestrafen. Der Angeklagte hat nicht ernstlich den Privatkläger als (folgt der Ausdruck) hingestellt, sondern diesen Ausdruck nur für ihn als Spottnamen gebraucht wegen seiner Zugehörigkeit zu der christlichen Arbeitervereinigung, deren Mitglieder von den sozialdemokratischen freien Gewerkschaften so genannt zu werden pflegen.“

Das ist ja eine recht interessante Feststellung, für die wir dem Schöffengericht Hannover nur dankbar sein können. Wirklich nette und wohlwärtige Gepflogenheiten herrschen in den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Sie lassen auf den geistigen Tiefstand, der dort herrscht, allerlei Schlüsse zu.

Es ist ja eine recht interessante Feststellung, für die wir dem Schöffengericht Hannover nur dankbar sein können. Wirklich nette und wohlwärtige Gepflogenheiten herrschen in den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Sie lassen auf den geistigen Tiefstand, der dort herrscht, allerlei Schlüsse zu.

Es ist ja eine recht interessante Feststellung, für die wir dem Schöffengericht Hannover nur dankbar sein können. Wirklich nette und wohlwärtige Gepflogenheiten herrschen in den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Sie lassen auf den geistigen Tiefstand, der dort herrscht, allerlei Schlüsse zu.

zu verantworten. Der erstere „Genosse“ Neuhaus erhielt wegen Bedrohung, Aufreizung usw. eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten, der letztere eine solche von 2 Monaten. In der Begründung des Urteils wurde besonders hervorgehoben, daß die Beweisaufnahme ergeben habe, daß die auf der Baustelle sich abspielenden Insulte zum guten Teil dem Neuhaus zur Last gelegt werden mußten und dieser gerade als Baubelegter seiner Organisation die doppelte Pflicht gehabt habe, sich zurückhalten und nicht selbst zur Aufreizung beizutragen. — Nun haben die beiden Mäße, über ihre Handlungsweise nachzudenken. Wir bedauern, offen gebunden, diese Opfer sozialdemokratischer Verheerung. Auf die Anklagebank und ins Gefängnis gehören ganz andere, und zwar die, die fortwährend dem Glauben gegen alles, was nicht auf rote Evangelium schwört, schüren, und sie zu dieser Unbuddsamkeit erzogen haben.

### Von den Arbeitsstellen.

Böhm. Am 18. August hatte unser Mitglied H. Griefe, welches bei der Firma Kollin auf der neuen Zechenanlage Vorkahrungen mit Einkalen beschäftigt war, das Unglück, sich zwei Finger der linken Hand abzuhauen. Griefe wollte einen Arzt ansprechen, hierbei prallte das Beil ab.

Am 26. August stürzte der Dachbeder Engelhardt von einem vier Stod hohen Neubau hinab auf die Straße. Zum Glück fiel er auf einen Sandhaufen, und die Verletzungen sind nicht so schwerer Natur. Engelhardt, der zum Stantenhaus überführt wurde, wird, wie man uns von dort mitteilt, bald genesen sein. Bei diesem Unfall wurde von unserer Verbandsleitung wieder festgestellt, daß das vorgegebene Schutzgerüst unterm Dachgesims gänzlich fehlte. Wäre ein solches vorhanden gewesen, konnte der Unfall nicht passieren.

Gerne. (Schwerer Bauunfall.) Am letzten Sonntag, den 2. September, gegen 10 Uhr vormittags, ereignete sich am Mathausenbau ein schwerer Bauunfall, wobei unser treues Verbandsmitglied, der Maurerpostler Modewald seinen frühen Tod fand. Zum Unfall können wir folgendes berichten. Modewald war mit noch zwei Maurern (Marschal und Arnold), welche ebenfalls Mitglieder unseres Verbandes sind, mit dem Verlegen von Gesteinstücken (Hausteine von 15 Zentner Gewicht) beschäftigt. Die Steine, welche eine Länge von 1,08 Meter hatten, erlitten eine Auslage von 0,58 Meter und somit nur eine Auslage von 0,50 Meter. Um die Steine zum Halten zu bekommen, mußte eine Absteifung vorgenommen werden. Diese war auf dem Gerüst angebracht. Durch das schwere Uebergewicht der Niesengesteinstücke gab das Gerüst nach, und die drei Steine durchschlugen zwei Gerüste und rissen alle drei Kollegen mit in die Tiefe. Marschal und Arnold konnten sich durch Festklammern an den Gerüststangen retten, und der Kollege Modewald, welcher Vater von fünf unminütigen Kindern ist, stürzte 15 Meter tief auf einen Haufen Ziegelsteine und blieb mit zerschmetterten Gliedern tot liegen. Der Verunglückte war bei seinen Arbeitern sehr beliebt und wurde sehr geachtet. Die trauernde Familie des Verunglückten wohnt in Steinbach, Giesfeld; für diese fürwahr ein schwerer Schlag. Die Unfallstelle wurde sofort polizeilich abgesperrt. Die gerichtliche Untersuchung wird wohl das Nähere über die Ursache des Unfalls ergeben.

### Briefkasten.

Osterfeld, 60.0. Da ist heute nichts mehr zu machen Innerhalb eines Jahres nach Abgang mußt Du etwaige Ansprüche erheben. Nach dieser Zeit werden keine mehr angenommen.

### Bekanntmachungen.

Achtung! Verwaltungsstellen- und Zahlstellenvorsitzende! Der Zeitungsendung von dieser Nummer liegt ein Bericht über die Tätigkeit der Ortsstelle bei. Derselbe ist für die Verwaltungs- und Zahlstellenvorsitzenden bestimmt, und eruchen wir diese, sich denselben vom Organempfänger ausshändigen zu lassen. Der Zentralvorstand.

Achtung! Verwaltungsstelle Trier. Achtung! Unser Verbandsbureau, das am 1. September errichtet wurde, befindet sich in der Hofenstraße Nr. 12. Alle Sendungen, Anfragen, Mitteilungen usw. sind an folgende Adresse zu richten: Rudwig Baqué, Trier, Hofenstraße Nr. 12. Der Verwaltungsstellen-Vorstand. J. A.: R. Baqué.

Achtung! Verwaltungsstelle Alsenstein. Achtung! Unser Verbandsbureau befindet sich von jetzt ab Kronenstraße Nr. 30. Alle Zuschriften sind an die Adresse Hubert Köllmer von jetzt ab zu richten. Sprechstunden von 11-1 und von 5-7 Uhr. Der Vorstand.

Anforderung. Der Maurer Vinzenz Borchardt, geboren am 14. Sept. 1889 zu Immingerode Giesfeld, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Verwaltungsstelle Harburg a. d. Elbe gegenüber nachzukommen. Der Auskunft über den Aufenthalt geben kann, wird gebeten, dieses dem Kollegen Georg Zoot, Harburg, Karlstraße 11, I. Etage, mitzuteilen.

Als verloren wird gemeldet die Buchnummer 143 553, lautend auf Franz Hellwig, geb. den 3. 8. 1882 zu Groß-Giesen von der Verwaltungsstelle Hannover.

### Stirbetafel.

Am 4. August starb unser Mitglied Mathias Saller im Alter von 62 Jahren an Brechdurchfall. Zahlstelle Pankhofen b. Augsburg.

Am 21. August verstarb unser Kollege Willi Bösch im Alter von 19 Jahren. Verwaltungsstelle Schwarmstedt.

Am 23. August starb unser treuer Kollege Augustin Schäfer, Großenlader, im Alter von 19 Jahren an Lungenerkrankung. Verwaltungsstelle Fulda.

Am 27. August starb unser treuer Kollege Petrich Ratz, Kämmerzell, im Alter von 60 Jahren an Rheumatismus. Verwaltungsstelle Fulda.

Am 27. August starb unser lieber Kollege Wilhelm Bauer im Alter von 51 Jahren. Zahlstelle Gelsenkirchen.

Am 29. August starb unser treuer Kollege Peter Schmidt im Alter von 29 Jahren an Lungenerkrankung. Zahlstelle Trier (Dachbeder). Ehre ihrem Andenken!

Die Beleidigung, die ich gegen den Kollegen Peter Hill ausgesprochen habe, nehme ich hiermit als unvahr zurück. (1.08) Albert Dunderhausen.